Ökologisches Wirtschaften

01
2023
38. Jahrgang

www.ökologisches-wirtschaften.de
www.ioew.de | www.voew.de

Online-Ausgabe

Postwachstum von rechts

Narrative der Vereinnahmung und Ansätze für ein progressives Verständnis von Postwachstum

i|ö|w INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

VÖW

oekom science

INHALT 01.2023

POSTWACHSTUM VON RECHTS

3 Postwachstum von rechts *Von Benjamin Best und Gerrit von Jorck*

4 Naturschutz als Einfallstor *Von Astrid Gläsel und Aron Buzogány*

7 Rechtsextremer Ökologismus, Klimakrise und Bevölkerungswachstum *Von Daniela Gottschlich*

10 Die Umweltpolitik von Rechtsaußenparteien in Europa *Von Floris Biskamp*

13 Postwachstum von rechts und die Gefahr des Ökofaschismus *Von Tatjana Söding und William Callison*

16 Wie die Neue Rechte versucht, Einfluss auf die deutsche Postwachstumsbewegung zu nehmen *Von Yannick Passeick*

19 Rechtspopulismus, das Klima und die Umwelt *Von Bernd Sommer und Miriam Schad*

Einführung in den Schwerpunkt

Postwachstum von rechts

Von Benjamin Best und Gerrit von Jorck

In den letzten Jahren mehren sich Veröffentlichungen aus rechtskonservativen Verlagen, in denen ökologische Themen und insbesondere Postwachstum aufgegriffen werden. Die Autoren des Hefts *Die Kehre* aus dem Verlag Oikos, die 2021 eine Ausgabe zu Postwachstum herausgaben, finden in Postwachstumstheorien viele Anknüpfungspunkte für eine rechte „Blut und Boden"-Ökologie. Rufe nach regionalem Wirtschaften, Suffizienz und lokalen Lebensweisen lassen sich relativ nahtlos in rechte Ideologien einfügen, sofern sie nicht mit Gerechtigkeits- und Demokratiefragen verknüpft werden. Der rechte Theoretiker Alain de Benoist veröffentlichte 2007 ein Buch mit dem Titel *Demain, la décroissance!* – ein Titel, den er dem Werk des ökologischen Ökonomen Georgescu-Roegen entliehen hat. Das rechtsnationalistische Wirtschaftsmagazin *Recherche D* knüpft mit seinen *Sieben Thesen für eine konservativ-ökologische Wende* (vgl. Abbildung 1) an Wachstumskritik an und mischt Forderungen nach geschlossenen Grenzen und Bevölkerungskontrollpolitik darunter.

1 Wir müssen das Wachstumsparadigma hinter uns lassen.
2 Wir brauchen eine Stärkung regionaler Wirtschaftsstrukturen.
3 Die Billigkonsum- und Überflussgesellschaft ist nicht zukunftsfähig.
4 Weniger Mobilität schützt die Umwelt.
5 Atomenergie mit innovativer Endlagerung ist eine Zukunftsoption.
6 Die Überbevölkerung ist die Mutter aller Umweltprobleme.
7 Sichere Grenzen sind die beste Umweltpolitik.

Abbildung 1: „Sieben Thesen für eine konservativ-ökologische Wende", Reihenfolge modifiziert. *Quelle: Recherche D (2019)*

Wenn Akteure der „Neuen Rechten" Forderungen aufstellen, die in Teilen auch von Postwachstumsforscher/innen stammen könnten, werden manche dieser Punkte dadurch nicht falsch, doch dies fordert zur Reflexion und Neupositionierung heraus. Im vorliegenden Schwerpunktheft zeigt ***Yannick Passeick*** die Adaptation von Postwachstum in neurechten Medien und Anhaltspunkte für eine emanzipatorische Postwachstumsperspektive auf. ***Daniela Gottschlich*** weist auf den problematischen Umstand hin, dass auch im nachhaltigkeitswissenschaftlichen Mainstream häufig die Forderung nach einer Bevölkerungspolitik vorgebracht wird. ***Floris Biskamp*** analysiert in seinem Beitrag, auf welche ideologischen Linien europäische Rechtsaußen-Parteien rekurrieren. ***Bernd Sommer*** und ***Miriam Schad*** thematisieren ebenfalls Erklärungen für umweltpolitische Positionen rechtspopulistischer Parteien und skizzieren Trends der gesellschaftlichen Spaltung. ***Tatjana Söding*** und ***William Callison*** sowie ***Astrid Gläsel*** und ***Aron Buzogány*** widmen sich ausgewählten Facetten und ideengeschichtlichen Ursprüngen der ökofaschistischen Ideologien.

Die spürbaren Auswirkungen des Klimawandels lassen Leugnung als politische Strategie immer weniger zu. Daher ist es nicht ausgeschlossen, dass Rechtsnationale unter Anerkennung der ökologischen Krisen verstärkt Postwachstumspositionen adaptieren und mit sozialdarwinistischen Ideologien verzerren. Dieses Schwerpunktheft zeigt, wie sich diese Vereinnahmung vollzieht und wo Ansatzpunkte für eine emanzipatorische Postwachstumskonzeption liegen. Für uns als wissenschaftliche Gemeinschaft gilt es daher, die politischen Implikationen der eigenen Forschung zu reflektieren und stets an Fragen der inter- und intragenerationellen Gerechtigkeit anzuknüpfen. Ob Forderungen nach geschlossenen Grenzen, Kritik am Wachstum der Weltbevölkerung oder Schuldzuweisungen an Dritte – dies sind keine Positionen, die mit der Postwachstumsforschung vereinbar sind.

Literatur

Recherche Dresden (2019): Sieben Thesen für eine konservativ-ökologische Wende. https://recherche-dresden.de/sieben-thesen-fuer-eine-konservativ-oekologische-wende/

AUTOREN + KONTAKT

Dr. Benjamin Best und ***Gerrit von Jorck*** sind Mitglieder im Vorstand der Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW).

VÖW-Geschäftsstelle, Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin.
E-Mail: benjamin.best@voew.de, gerrit.jorck@voew.de

*Ökologisches*Wirtschaften *Online-Ausgabe* O1.2023 (38) | DOI 10.14512/OEWO38013

© 2023 B. Best, G. v. Jorck; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de), which permits copying and redistributing the material in any medium or format, provided the original work is properly cited, it is not used for commercial purposes and it is not remixed, transformed or built upon. The access to the digital version of this article is reserved to subscribers of *Ökologisches*Wirtschaften until two years after the date of publication; after two years it is available to all readers.

Neue Rechte und Natur

Naturschutz als Einfallstor

Dass die Neue Rechte sich mit Natur befasst, ist nicht nur ideologisch, sondern auch strategisch motiviert. Ihre Aneignung bislang politisch eher links wahrgenommener Themen machen eine tiefergehende Auseinandersetzung mit diesem Phänomen unabdingbar.

Von Astrid Gläsel und Aron Buzogány

Anders als man bei einem oberflächlichen Blick auf die heutige Natur- und Klimaschutzbewegung in Deutschland meinen könnte, ist der positive Rückbezug auf Natur auch bei rechten Akteuren verbreitet und besitzt eine lange Tradition. Im Folgenden sollen die historischen Kontinuitäten nachvollzogen werden, mit denen diese Akteure die Natur ideologisch nutzbar machen. Dazu wird zunächst die historische Entstehung des Naturschutzbegriffs in Kürze nachgezeichnet. Anschließend soll am Beispiel der Neuen Rechten gezeigt werden, warum deren Auseinandersetzung mit Natur nicht nur ideologisch, sondern auch strategisch motiviert ist. Schließlich befasst sich der Artikel damit, wie die heutige Nutzbarmachung von Natur durch die extreme Rechte argumentativ aussieht.

Naturschutz von rechts – eine kurze historische Einordnung

Mit ihrer Ablehnung des Egalitarismus und Rationalismus bildete die Romantik einen wichtigen Anknüpfungspunkt für die Entstehung des Naturschutzes in Deutschland. Angesichts der Natur- und Landschaftszerstörung während der Industrialisierung Deutschlands wurden diese Ideen im späten 19. Jahrhundert von konservativ-bürgerlichen Eliten wieder aufgegriffen (Nüchter 2012). Der sogenannte „Heimatschutz"-Gedanke schuf ein enges Band zwischen Landwirtschaft, Landschaft und Nationalstaat und ähnelte darin bereits der völkischen „Blut und Boden"-Ideologie, die eine gleichsam organische Bindung zwischen der Natur und den dort ansässigen Menschen propagiert. Der Heimatschutz-Gedanke idealisierte das Landleben und betonte, dass der Schutz der Natur dazu beitragen könne, die deutsche Identität zu bewahren (Nüchter 2012).

Einige dieser Ideen wurden auch von den Nationalsozialist/innen aufgenommen, die den Rückgriff auf Natur als einen essenziellen Bestandteil ihrer Ideologie verstanden. Dies zeigte sich beispielsweise in der Verklärung des Waldes: „Die NS-Propaganda stilisierte die Deutschen zum Waldvolk. Slawen und Juden diffamierten die Nazis als Steppen- bzw. Nomaden und Wüstenvolk und Waldvernichter. Anstelle eines jüdisch-kapitalistischen Raubbaus sollte eine ‚naturgemäße Waldbewirtschaftung' treten" (Bierl 2018, 145).

In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg belastete die positive Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus den Naturschutz. Einzelne Bemühungen, konservative oder nationalistische Naturschutzideen wiederzubeleben, wurden kaum beachtet (Nüchter 2012, 23). Das erneute Aufblühen des Naturschutzgedankens kam mit den neuen sozialen Bewegungen und der wachsenden Zustimmung aus der Bevölkerung in den 1960er Jahren. Anders als in der heutigen Wahrnehmung der grünen Bewegung war diese in den 1970er Jahren noch eine Sammelbewegung sehr unterschiedlicher politischer Gruppierungen, einschließlich konservativer und reaktionärer Kräfte, die auch bei der Gründung der Grünen eine wichtige Rolle spielten. Erst 1980 unternahm die Partei eine eindeutige Linkswende, indem sie begann, sich für Minderheitenrechte einzusetzen und gewerkschaftliche Forderungen zu übernehmen (Bierl 2018, 148). Nach einer Pause hat im letzten Jahrzehnt in Teilen der extremen Rechten eine wiederholte Hinwendung zur Natur stattgefunden.

Kampf um Köpfe: Ideologie und Strategie der Neuen Rechten

Angesichts der definitorischen Vielfalt scheint zunächst eine Begriffsklärung wichtig zu sein, da viele Kategorien, wie etwa Ökofaschismus, zu Kampfbegriffen mutiert sind. Deshalb schlägt Balša Lubarda den Überbegriff „rechtsextremer Ökologismus" (*far-right ecologism*) vor, der seine Morphologie aus Faschismus, Konservatismus sowie Nationalpopulismus ableitet (Lubarda 2020). Auch die Neue Rechte, die in den deutschsprachigen Ländern und in Frankreich auf eine bedeutende intellektuelle Tradition mit Vordenker/innen wie Alain de Benoist und Armin Mohler zurückgreifen kann und ein ausgeprägtes Interesse an der Ökologie zeigt, gehört zu dieser Tradition (François 2022). Die Neue Rechte lässt sich als „eine Intellektuellengruppe, die sich insbesondere am Gedankengut der Konservativen Revolution der Weimarer Republik (Ideologie) orientiert, als informelles Netzwerk unterschiedlicher Publizisten (Organisation) besteht und mittels einer ‚Kulturrevolution von rechts' den Systemwechsel (Strategie) an-

*Ökologisches*Wirtschaften *Online-Ausgabe* O1.2023 (38) | DOI 10.14512/OEWO38014

© 2023 A. Gläsel, A. Buzogány; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de), which permits copying and redistributing the material in any medium or format, provided the original work is properly cited, it is not used for commercial purposes and it is not remixed, transformed or built upon. The access to the digital version of this article is reserved to subscribers of *Ökologisches*Wirtschaften until two years after the date of publication; after two years it is available to all readers.

strebt", beschreiben (Pfahl-Traughber 2019, 8). Dabei lässt sich das „Neue" an den Neuen Rechten weder auf eine zeitliche noch auf eine inhaltliche Ebene beziehen, da die ideologischen Bezugspunkte aus der Weimarer Republik stammen und ihre Erscheinungsform bereits seit den 1960er Jahren bekannt ist (Pfahl-Traughber 2019). Die Strömung der Konservativen Revolution in der Weimarer Republik bestand ihrerseits vor allem aus Rechtsintellektuellen, die als Wegbereiter/innen des Nationalsozialismus gelten können (Petzold 1978). Der widersprüchlich wirkende Begriff der „Konservativen Revolution" sollte ausdrücken, dass es dabei nicht um das Bewahren des Bestehenden – also des demokratischen Verfassungsstaats der Weimarer Republik – ging, sondern vielmehr um dessen Überwindung. Da diese Strömung jedoch aus einem elitär-intellektuellen Überlegenheitsgefühl heraus den Nationalsozialismus mit kritischer Distanz betrachtete, bietet der ideologische Rückgriff auf das Gedankengut der Konservativen Revolution heutigen Neuen Rechten die Möglichkeit, sich scheinbar von den alten, belasteten ideologischen Grundlagen des Nationalsozialismus loszusagen (Pfahl-Traughber 2019).

Ein weiteres Merkmal der heutigen Neuen Rechten ist das ethnopluralistische Denken, „nach dem alle Ethnien [...] gleich viel wert sind, aber prinzipiell im Kampf gegeneinander stehen. In diesem Kampf muss nun die jeweilige ‚eigene' Ethnie überlegen sein, sonst verschwindet sie auf Dauer von der historischen und politischen Bühne: Nationalismus, gegebenenfalls Rassismus und Antisemitismus, dienen insofern der Selbsterhaltung. Pluralismus existiert also immer nur zwischen Kollektiven, keinesfalls darf er sich innerhalb eines Kollektivs einnisten" (Gessenharter 2002, 197).

Die strategische Ausrichtung der Neuen Rechten zielt insbesondere darauf ab, einen „Kampf um die Köpfe" zu führen und damit die „kulturelle Hegemonie" im Sinne des linken Theoretikers Antonio Gramsci zu übernehmen (Pfahl-Traughber 1998, 77). Die Neue Rechte begreift sich als Denkapparat, der hinter politischen Erscheinungsformen eher im Verborgenen agiert. Vielfach gilt die Neue Rechte inzwischen als strategische Vordenkerin der AfD sowie der Identitären Bewegung. Gerade ökologiebezogene Themen sind ein geeignetes Feld für sie, da hier unter dem Deckmantel des scheinbar Unpolitischen ideologische Brückenschläge insbesondere ins bürgerlich-konservative Lager aber auch zur jüngeren Fridays-for-Future-Generation unternommen werden können.

Das große Ganze: Der *nation-nature nexus*

Für die heute verbreitete Ausprägung der Blut-und-Boden-Ideologie verwenden Forchtner und Özvatan (2020) den Begriff *nation-nature nexus*. In der Vorstellungswelt der Rechtsextremen existiert ein „größeres Ganzes" aus Natur und Kultur einer Nation, das analog zu einem Ökosystem betrachtet – also naturalisiert – wird. Im Sinne dieser Ideologie müssen Kultur wie auch Natur „rein" gehalten, also geschützt werden. Diese Analogie zwischen Natur und Kultur ermöglicht es sodann, sogenannte „invasive Arten" – also Pflanzen und Tiere, die nicht heimisch sind – mit Migrationsbewegungen zu vergleichen. Die Forderung nach einer „Reinhaltung von Kultur" wirkt dabei auf den ersten Blick weniger verdächtig als die Forderung des alten Rechtsextremismus nach einer „Reinhaltung von Rassen".

Die ideologische Nutzung der Natur durch die extreme Rechte bezieht sich dabei auf ästhetische, symbolische und materielle Dimensionen (Forchtner/Kølvraa 2015, 201 ff.). Die ästhetische Dimension betrifft die Vorstellung von Natur als reiner Schönheit, die bewahrt werden müsse. Die symbolische Dimension dient Rechtsextremen wiederum dazu, eine Abgrenzung von „dem Anderen", typischerweise liberalen, kosmopolitischen, suprantionalen Akteuren, herzustellen. In diesem Kontext wird oft ein Bedeutungs- und Souveränitätskonflikt zwischen Natur- und Klimaschutz konstruiert. Schließlich bezieht sich die materielle Dimension der Bedeutungszuweisung von Natur auf die natürlichen Ressourcen eines Landes, die der Bevölkerung und Wirtschaft zur Verfügung stehen, und weist auf eine enge Verbindung zum Ideal der nationalen Souveränität und Autarkie hin, sowohl in Bezug auf Energie- als auch auf Nahrungsversorgung. In dieser ideologischen Gemengelage findet sich vielfach eine ausgeprägte Wachstums- und Einwanderungskritik, welche sich insbesondere auf Bevölkerungswachstum in anderen Ländern bezieht, aber zunehmend auch kapitalismuskritisch das Wirtschaftswachstum als Problem benennt. So befassen sich die Neuen Rechten in den Zeitschriften *Die Kehre* und *Sezession* mit Postwachstumsgedanken und argumentieren dabei vor allem für Autarkie, ein naturnahes Leben, einen genügsamen Lebensstil und ein durch Wachstumsunabhängigkeit resilienteres Wirtschaftssystem.

Dabei ist für die Neue Rechte die Verbindung ethnopluralistischer und bevölkerungswachstumskritischer Elemente von besonderer Bedeutung, indem etwa argumentiert wird, Immigrant/innen fehle es wegen ihrer (behaupteten) Entwurzelung an Umweltbewusstsein (Olsen 1999, 99).

Während der rechte Rückbezug auf Natur(-schutz) durchaus als selbstverständlich und ideologisch begründet bezeichnet werden kann, zeigt sich insbesondere in Bezug auf den Klimawandel, dass der *nation-nature nexus* mit global auftretenden Umweltphänomenen nicht zusammenpasst. Stattdessen dominiert ein aus Ablehnung von Souveränitätsverlusten gespeister Skeptizismus gegenüber klimapolitischen Maßnahmen. Daraus ergeben sich von Inkonsistenzen geprägte Positionierungen gegenüber dem Klimawandel. Eine eindeutige Verortung von rechtsextremen Positionen auf der klimaskeptischen Seite ist allerdings simplifizierend. Europäische Vergleiche der rechtsextremen Parteifamilie zeigen bedeutende Unterschiede in der politischen Kommunikation in Bezug auf Klimapolitik, die von einer kompletten Ablehnung bis zur pragmatisch-technischen Befürwortung reichen (Buzogány/Mohamad-Klotzbach 2022; Forchtner/Lubarda 2022; Schaller/Carius 2019). Auch in den intellektuellen Publikationsor-

„Die ideologische Nutzung der Natur durch die extreme Rechte bezieht sich dabei auf ästhetische, symbolische und materielle Dimensionen."

ganen der deutschen Neue Rechten, wie im Magazin *Sezession* und der insbesondere Umweltfragen zugewandten *Die Kehre,* finden sich Auseinandersetzungen mit der Klimafrage. Allerdings bleibt, auch wenn einige rechtsextreme Akteure differenziertere Einstellungen zur Klimapolitik annehmen, der „Klimaskeptizismus" unbestreitbar die am häufigsten vertretene Position innerhalb des rechtsextremen Spektrums. Dies ist häufig sogar dann der Fall, wenn die Akteure ansonsten eine umweltfreundliche Haltung zeigen (Forchtner et al. 2018). Dieser Skeptizismus wird dabei oft mit den Bedürfnissen des „Volkes" und seiner Souveränität begründet. Damit ist die Ablehnung von Klimaschutzmaßnahmen ideologischer Natur und geht mit der Aversion rechtsextremer Akteure gegenüber Kosmopolitismus, Globalismus, Liberalismus und Souveränitätsverlusten einher (Lockwood 2018). Bezüglich der Unterschiede zwischen den Akteuren des gesamten rechstextremen Spektrums ergibt sich das Bild, dass diese Akteure allgemein zu einer klimaskeptischen und gleichzeitig inkonsistenten Haltung neigen – scheinbar recht unabhängig sowohl von ihrer Positionierung innerhalb des Spektrums als auch von ihrer Einstellung hinsichtlich des Naturschutzes.

Daraus lässt sich schlussfolgern, dass es für die extreme Rechte bisher keine Lösung für das Dilemma zu geben scheint, das sich aus ideologischer Überhöhung von Natur und Landschaft innerhalb des Nationalstaates auf der einen, sowie aus der Ablehnung von Globalismus und Liberalismus auf der anderen Seite ergibt. Gleichwohl ist zu bemerken, dass entlang dieser inhärenten Widersprüche Schritte in Richtung einer theoretischen Nutzbarmachmachung der Natur durch Aneignung und Umdeutung von politisch bislang als links wahrgenommenen Themen wie Postwachstum oder Energiegemeinschaften unternommen werden (Olsen 2000; Eversberg 2018). Diese Entwicklungen machen eine tiefergehende Auseinandersetzung mit diesem Phänomen unabdingbar.

Literatur

Bierl, P. (2018): Grüne Braune – Umwelt-, Tier und Heimatschutz von rechts. In Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen/associazione delle talpe (Hrsg.): Maulwurfsarbeit IV. Bremen, associazione delle talpe. 144–156.

Buzogány, A./Mohamad-Klotzbach, C. (2022): Environmental Populism. In: Oswald, M. (Hrsg.): The Palgrave Handbook of Populism. Cham, Springer. 321–340. DOI: 10.1007/978-3-030-80803-7_19

Eversberg, D. (2018): Gefährliches Werben. Über die Anschlussfähigkeit der Postwachstumsdebatte gegenüber dem autoritären Nationalismus – und was sich dagegen tun lässt. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 31/4: 52–61. DOI: 10.1515/fjsb-2018-0082

Forchtner, B./Kølvraa, C. (2015): The Nature of Nationalism. Populist Radical Right Parties on Countryside and Climate. In: Nature and Culture 10/2: 199–224. DOI: 10.3167/nc.2015.100204

Forchtner, B., et al. (2018): Being Skeptical? Exploring Far-Right Climate-Change Communication in Germany. In: Environmental Communication, 12/5: 589–604. DOI: 10.3167/nc.2015.100204

Forchtner, B./Lubarda, B. (2022): Scepticisms and beyond? A comprehensive portrait of climate change communication by the far right in the European Parliament. In: Environmental Politics: 1–26. DOI: 10.1080/09644016.2022.2048556

Forchtner, B./Özvatan, Ö. (2020): Beyond the „German forest". Environmental communication by the far right in Germany. In: B. Forchtner (Hrsg.): The Far Right and the Environment. Politics, Discourse and Communication. New York, Routledge. 216–236. DOI: 10.4324/9781351104043-13

François, S. (2022): Les verts-bruns. L'écologie de l'extrême droite française. Lormont, Le Bord de l'eau.

Gessenharter, W. (2002): Intellektuelle Strömungen und Vordenker in der deutschen Neuen Radikalen Rechten. In: Grumke, T./Wagner, B. (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. Opladen, Leske+Budrich. 189–201. DOI: 10.1007/978-3-322-97559-1_14

Lockwood, M. (2018): Right-wing populism and the climate change agenda: exploring the linkages. In: Environmental Politics 27/4: 712–732. DOI: 10.1080/09644016.2018.1458411

Lubarda, B. (2020): Beyond ecofascism? Far-right ecologism (FRE) as a framework for future inquiries. In: Environmental Values 29/6: 713–732. DOI: 10.3197/096327120X15752810323922

Nüchter, O. (2012): Denkfiguren völkisch autoritärer Ökologie – Im Vater- oder Mutterland. In: Heinrich-Böll-Stiftung & Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Braune Ökologen. 20–38.

Olsen, J. (1999): Nature and nationalism: Right-wing ecology and the politics of identity in contemporary Germany. New York, St. Martin's.

Olsen, J. (2000): The perils of rootedness: On bioregionalism and right wing ecology in Germany. In: Landscape Journal 19/1–2: 73–83. DOI: 10.3368/lj.19.1-2.73

Petzold, J. (1978): Wegbereiter des deutschen Faschismus: Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik. Köln, Pahl-Rugenstein.

Pfahl-Traughber, A. (1998): Die Erben der „Konservativen Revolution". Zu Bedeutung, Definition und Ideologie der „Neuen Rechten." In: Gessenharter, W./Fröchling, H. (Hrsg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes? Opladen, Leske+Budrich. 77–95. DOI: 10.1007/978-3-322-97413-6_4

Pfahl-Traughber, A. (2019): Der Extremismus der Neuen Rechten. Eine Analyse zu Diskursthemen und Positionen. Wiesbaden, Springer VS. DOI: 10.1007/978-3-658-27779-6

Schaller, S./Carius, A. (2019): Convenient Truths. Berlin, Adelphi Research.

AUTOR/IN + KONTAKT

Astrid Gläsel arbeitet als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung und promoviert in Soziologie an der TU Dresden.

Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V., Weberplatz 1, 01217 Dresden. E-Mail: a.glaesel@ioer.de

Aron Buzogány ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Assistenzprofessor am Institut für Wald-, Umwelt- und Ressourcenpolitik der Universität für Bodenkultur Wien.

Universität für Bodenkultur, Feistmantelstraße 4, 1180 Wien, Österreich. E-Mail: ron.buzogany@boku.ac.at

Zu viele sind immer die anderen

Rechtsextremer Ökologismus, Klimakrise und Bevölkerungswachstum

Unsere Gegenwart ist geprägt von miteinander verwobenen sozial-ökologischen Krisen wie der Klimakrise, dem Artensterben und dem Verlust der Bodenfruchtbarkeit. Zugleich erleben wir ein Erstarken rechtsextremer Kräfte. Ökologische und bevölkerungspolitische Argumente dienen häufig dazu, einen rechtsextremen Ökologismus zu rechtfertigen.

Von Daniela Gottschlich

Es ist auffällig, dass in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung ökologische Themen zunehmend von der extremen Rechten aufgegriffen werden. So wird auch die Klimakrise genutzt, um ein völkisches Projekt voranzutreiben und die bestehenden Sicherheitssysteme auf die Kontrolle der aus der Naturzerstörung resultierenden Probleme auszurichten (Moore/Roberts 2022). Der „rechtsextreme Ökologismus" (Lubarda 2020) verfolgt dabei als Strategie eine Rassialisierung der ökologischen Probleme: Schuld an der Krise sind die „anderen". Rechtsextremist/innen warnen nicht nur vor Migration und „Überfremdung", sondern erklären zudem die Geburtenraten in Ländern des Globalen Südens zur zentralen Ursache der Klimakrise.

Doch bevölkerungspolitische Narrative („weniger Menschen bedeuten weniger Naturzerstörung") erfahren im Kontext der Diskussion, welche klimapolitischen Maßnahmen angezeigt seien, Zuspruch weit über die extreme Rechte hinaus.

Bevölkerungswachstum als Krisenfaktor?

Aktuell leben mehr als acht Milliarden Menschen auf der Welt. Nach neuesten Studien (Vollset et al. 2020) wird die Bevölkerung bis Mitte des Jahrhunderts weiter ansteigen. Den Prognosen zufolge wird sie im Jahr 2064 mit etwa 9,7 Milliarden Menschen ihren Höhepunkt erreichen. Danach wird die Zahl weltweit wieder abnehmen und bis 2100 auf etwa 8,8 Milliarden Menschen sinken. Das wären etwa zwei Milliarden Menschen weniger als noch in früheren UN-Schätzungen angenommen. Dennoch gilt das Wachstum der Weltbevölkerung ungebrochen als ein zentraler Krisenfaktor – zunächst für Armut (Ehrlich 1968) und seit dem Bericht des Club of Rome (Meadows et al. 1972) auch für die „Grenzen des Wachstums". Die darin skizzierten Szenarien eines bevorstehenden Kollapses basieren auf der These, dass die Bevölkerung ohne Bevölkerungskontrolle exponentiell wachse und damit die Grenze der „Tragfähigkeit der Erde" überschreite. Dies hatte schon der britische Ökonom Thomas R. Malthus 1798 in Bezug auf die Grenzen der Nahrungsmittelproduktion behauptet und als Maßnahme unter anderem die Abschaffung der staatlichen Armenfürsorge gefordert.

Auch in der aktuellen Debatte um sozial-ökologische Krisen machen einige Autor/innen das Bevölkerungswachstum verantwortlich für den Klimawandel und den Biodiversitätsverlust (z. B. Ripple et al. 2017). Gefordert werden antinatalistische Maßnahmen, die die Geburtenrate senken sollen, sodass sie niedriger als die Sterberate ist und die Bevölkerung abnimmt. Als Argument wird unter anderem eingebracht, dass Einsparungen von CO_2-Emissionen durch Investitionen in die Familienplanung im Globalen Süden kostengünstiger zu erreichen seien als durch die Förderung regenerativer Technologien im Globalen Norden (Müller-Jung 2018).

Ignoriert wird in dieser Debatte um vermeintliche klimapolitische Kosteneffizienz, dass die Geschichte der Bevölkerungspolitik, insbesondere der antinatalistischen Politik, voller Beispiele repressiver Politik ist. Kritiker/innen haben in den letzten 50 Jahren immer wieder auf die sexistischen, rassistischen und eugenischen Implikationen von antinatalistischer Bevölkerungspolitik verwiesen. Beispiele lassen sich nicht nur in China während der 35 Jahre lang praktizierten Ein-Kind-Politik finden, die auf Maßnahmen wie Zwangsabtreibungen bis zum siebten und achten Schwangerschaftsmonat, Zwangsadoptionen ins Ausland, Sterilisation und Geldstrafen setzte und die zu aus Verzweiflung ausgesetzten Säuglingen führte. Es gab und gibt vielfältige weitere Beispiele und eine lange Geschichte der Zwangssterilisationen an Schwarzen, Indigenen, behinderten, gefangenen oder HIV-positiven Menschen – ob in Schweden, Deutschland, Peru oder Indien (Gottschlich/Schultz 2019). [1]

Demografische Krisenerzählungen von Umweltschützer/innen und extremer Rechte

Feministische Wissenschaftler/innen warnen seit Langem vor einem neomalthusianischen Revival (Hendrixson/Hartmann 2019) und vor „Strategien der Demografisierung, also des Übersetzens gesellschaftlicher Krisen [...] in Fragen der ‚Bevölkerung'" (Schultz 2020, 28), der sich sowohl Rechtsextreme als auch Akteure aus dem Umweltschutzbereich bedienen, wie die nachfolgenden Beispiele zeigen.

© 2023 D. Gottschlich; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de), which permits copying and redistributing the material in any medium or format, provided the original work is properly cited, it is not used for commercial purposes and it is not remixed, transformed or built upon. The access to the digital version of this article is reserved to subscribers of *Ökologisches*Wirtschaften until two years after the date of publication; after two years it is available to all readers.

„In der Debatte um Bevölkerungsentwicklung und Klimakrise ist eine Abgrenzung vom rechtsextremen Ökologismus und von Tragfähigkeitskonzepten einer optimalen Bevölkerungszahl notwendig."

Bevölkerungswachstum wird im wissenschaftlichen Mainstreamdiskurs als eines der zentralen Umweltprobleme konstruiert (Ripple et al. 2017, 1026) und mit einer unkontrolliert wachsenden „Krebszelle" verglichen (Gesang 2014, 19). Diese Konstruktion finden wir auch bei Akteuren der Neuen Rechten (vgl. Passeick in diesem Band). So formulierte Felix Menzel als erste These von seinen *Sieben Thesen für eine konservativ-ökologische Wende*, die im neurechten Wirtschaftsmagazin *Recherche Dresden* erschienen sind:

„Die Überbevölkerung ist die Mutter aller Umweltprobleme. Die Weltbevölkerung steuert im 22. Jahrhundert auf zwölf Milliarden Menschen zu. Gegen den gigantischen Anstieg der Energienachfrage sind daher die erneuerbaren Energien nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Hunderte Millionen neuer Fleischesser, Hygieneartikelnutzer, Autofahrer und Smartphonebesitzer wird das Ökosystem kaum verkraften können. Die Weltbevölkerung muss folglich auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert werden – andernfalls droht ein irreversibler Öko-Kollaps." (Menzel 2019)

Als „Lösung" schlägt Menzel vor, deutsche Entwicklungshilfe an Maßnahmen zur Bevölkerungsreduzierung zu koppeln, insbesondere in Staaten, die „extreme Jugendüberschüsse" haben. Menzel nutzt bewusst den Begriff der „Überbevölkerung". Wer von Überbevölkerung spricht, behauptet damit, dass es schon jetzt zu viele Menschen gäbe. Aber wer ist jetzt schon „über"? Mit dem Sprechen von Überbevölkerung wird ein gezieltes Othering betrieben: Es sind die anderen, die „über" sind; es sind die Armen, die Schwarzen, die Indigenen, die Migrant/innen, die als „zu viel" konstruiert werden. Doch der Begriff „Überbevölkerung" wird nicht nur von Rechtsextremen genutzt, er findet sich in verschiedenen Beiträgen öffentlich-rechtlicher Medien. Stellvertretend sei hier auf die Veröffentlichung „Viel zu viele Menschen. Wie die Überbevölkerung gebremst werden könnte" des Online-News- und Wissensportals Quarks.de (2018/2021) verwiesen. Nach eigenen Angaben liefert Quarks seinen Leser/innen die „wissenschaftliche Einordnung, Erklärungen und Fakten zu aktuellen Debatten". Die höchstproblematische These der „Überbevölkerung" bekommt damit den Charakter eines wissenschaftlichen Fakts. In den Kommentaren unter dem Artikel werden im Namen der Natur aktive Sterbehilfe, eine Ein-Kind-Politik für die nächsten 30 Jahre gefordert sowie die Reduzierung von Kindergeld und eine Einschränkung von medizinischer Versorgung.

Die These, dass das Bevölkerungswachstum verantwortlich für Umweltprobleme ist, wird auch von einer Mehrheit von Studierenden sogenannter „grüner Berufe" geteilt, so das Ergebnis einer Hochschulumfrage von FARN, an der von März bis Mai 2021 deutschlandweit 804 Studierende teilgenommen haben und die in Kooperation mit diversu e. V. durchgeführt wurde (FARN 2022).

Ziel der Umfrage war es, Daten zum Istzustand an den Hochschulen zu erheben, ob die historischen und aktuellen Verknüpfungen des deutschen Natur- und Umweltschutzes mit nationalistischen, völkischen und rassistischen Strömungen in der Lehre thematisiert werden und wie es um das Wissen der Studierenden zu diesem Themenkomplex steht.

Die Auswertung der Umfrage zeigt: Die große Mehrheit der Studierenden befürwortet das demokratische System, spricht sich für Minderheitenschutz aus und lehnt autoritäre Strukturen ab. Trotzdem gibt es bei ökologischen Themen in der befragten Gruppe eine feststellbare Offenheit für Positionen, an die auch rechtsextreme Akteure anschließen können. Dies betrifft insbesondere das Thema Bevölkerungspolitik: 55 % der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die Ursachen vieler Umweltprobleme in der Bevölkerungsentwicklung zu sehen seien. In diesem Zusammenhang spricht sich fast ein Drittel der Studierenden für antinatalistische Maßnahmen im Globalen Süden aus. Man kann davon ausgehen, dass die damit verbundenen neokolonialen Denkmuster den meisten Studierenden nicht bewusst sind. Hier bedarf es dekolonialer Bildungsarbeit, um die Konsequenzen einer Forderung nach Bevölkerungspolitik deutlich zu machen. Impliziert doch der Ruf nach Bevölkerungspolitik eine Einschränkung der Selbstbestimmungsrechte von Menschen im Globalen Süden.

Rechtsextrem eingestellte Personen messen mit zweierlei Maß: Einerseits erklären sie das Bevölkerungswachstum in „Schwellen- und Entwicklungsländern" beziehungsweise im Globalen Süden zum größten Problem für den Umweltschutz, warnen vor „Flüchtlingsströmen" und wollen „Entwicklungshilfe" an strikte Bevölkerungskontrollpolitik koppeln. Andererseits fordern sie für Deutschland „die konsequente Förderung von kinderreichen Familien", um der angeblichen „Überfremdung" entgegenzuwirken und den „drohenden Volkstod" abzuwenden. Antinatalistische Maßnahmen für Länder des Globalen Südens, pronatalistische Politik in Deutschland. Zur pronatalistischen Politik der AfD beispielsweise gehört, dass sie sich dezidiert gegen Abtreibungen ausspricht, Schwangerschaftsbäuche auf Wahlplakate druckt mit dem Slogan „Neue Deutsche? Machen wir selber!" und sich damit zugleich gegen Migration richtet. Auf jüngeren Plakaten kombinierte die AfD bevölkerungspolitische Forderungen mit der Ablehnung von Anti-Corona-Maßnahmen in Form von Slogans wie: „Lieber ohne Gummi als mit Maske. Ja zu echter Familienpolitik" (kritisch dazu: Schäffer 2021).

Notwendig ist angesichts dieser Befunde ein Perspektivwechsel in der Debatte um Bevölkerungsentwicklung und Klimakrise, um sich in aller Deutlichkeit nicht nur von Positio-

nen des rechtsextremen Ökologismus, sondern auch von allen Tragfähigkeitskonzepten zu verabschieden, mit denen „optimale“ Bevölkerungszahlen erreicht werden sollen. Die intersektionale Kritik an den zugrunde liegenden rassistischen und sozialdarwinistischen Annahmen solcher Narrative sowie an den menschenverachtenden Implikationen von antinatalistischer Bevölkerungspolitik (Hendrixson 2019) sollte in Degrowth-Kreisen zur Kenntnis genommen werden. Dies würde nicht zuletzt bedeuten, die Aufmerksamkeit auf die strukturelle Ebene und damit auf die naturzerstörerischen Folgen des derzeitigen Wirtschaftssystems, auf die ungerechten Verhältnisse und ihre Veränderung zu lenken.

Anmerkung

[1] In diesem Text sind weitere Literaturangaben zu den herrschaftsförmigen Implikationen von Bevölkerungspolitik zu finden.

Literatur

Ehrlich, P. R. (1968): Population Control or Race to Oblivion? The Population Bomb. New York, Ballantine Books.

FARN/diversu e. V. (Hrsg.) (2022): Ist-Analyse unter Studierenden der grünen Berufe hinsichtlich des Themenfelds „Natur-/Umweltschutz und Rechtsextremismus“. www.nf-farn.de/system/files/documents/farn-bericht-hochschulumfrage.pdf

Gesang, B. (2014): Demokratie am Scheideweg. In: Gesang, B. (Hrsg.): Kann Demokratie Nachhaltigkeit? Wiesbaden, Springer. 19–37. DOI: 10.1007/978-3-658-04895-2_2

Gottschlich, D./Schultz, S. (2019): Weniger Klimawandel durch weniger Menschen? Feministische Kritik am neomalthusianischen Revival. In: FARN – Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (Hrsg.): Aspekte Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Natur- und Umweltschutz. Eine Diskussion. Berlin, FARN. 24–29.

Hendrixson, A. (2019): A RENEWED CALL FOR FEMINIST RESISTANCE TO POPULATION CONTROL. https://sites.hampshire.edu/popdev/a-renewed-call-for-feminist-resistance-to-climate-change/

Hendrixson, A./Hartmann, B. (2019): Threats and burdens: Challenging scarcity-driven narratives of „overpopulation“. In: Geoforum 101: 250–259. DOI: 10.1016/j.geoforum.2018.08.009

Lurbada, B. (2020): Beyond ecofascism? Far-right ecologism (FRE) as a framework for future inquiries. In: Environmental Values 26/6: 713–732. DOI: 10.3197/096327120X15752810323922

Malthus, T. R. (1798): An Essay on the Principle of Population. London, J. Johnson.

Meadows, D. H. et al. (1972): The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome’s Project on the Predicament of Mankind. New York, Universe Books. DOI: 10.1349/ddlp.1

Menzel, F. (2019): Sieben Thesen für eine konservativ-ökologische Wende. https://recherche-dresden.de/sieben-thesen-fuer-eine-konservativ-oekologische-wende

Moore, S./Roberts, A. (2022): Außen grün, innen braun. Wie Rechtsextreme Klimakrise und Naturschutz für ihre Zwecke benutzen. München, oekom.

Müller-Jung, J. (2018): Ein Tabu brechen. Das schnelle Bevölkerungswachstum ist einer der großen Antriebe für den Klimawandel. In: FAZ.net vom 14. 9. 2018.

Quarks.de (2021): Viel zu viele Menschen. Wie die Überbevölkerung gebremst werden könnte. www.quarks.de/gesellschaft/wie-die-ueberbevoelkerung-gebremst-werden-koennte

Ripple, W. J. et al. (2017): Worlds Scientists’ Warning to Humanity. In: Bioscience 67/12: 1026–1028. DOI: 10.1093/biosci/bix125

Schäffer, M. (2021): Neues AfD-Wahlplakat mit absurder Forderung – Zurück ins Mittelalter. www.wmn.de/buzz/afd-wahlplakat-absurd-id275181

Schultz, S. (2020): Der gefährliche Geist der ‚Bevölkerung‘ in der Klimadebatte. In: Femina Politica 29/2: 23–36. DOI: 10.3224/feminapolitica.v29i2.03

Vollset, S. E. et al. (2020): Fertility, mortality, migration, and population scenarios for 195 countries and territories from 2017 to 2100: A forecasting analysis for the Global Burden of Disease Study. In: Lancet 396: 1285–1306. DOI: 10.1016/S0140-6736(20)30677-2

AUTORIN + KONTAKT

Daniela Gottschlich ist Professorin für Nachhaltigkeit und Gesellschaftsgestaltung an der hfgg – der Hochschule für Gesellschaftsgestaltung.

Hochschule für Gesellschaftsgestaltung, Kornpfortstraße 15, 56068 Koblenz. E-Mail: daniela.gottschlich@hfgg.de

Nachhaltigkeit A–Z

P wie Polarisierung

»Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind Elitenprojekte auf Kosten des Volkes.« Derartige Narrative sind zunehmend Teil rechtspopulistischer Argumentation. Welche Resonanz finden solche Positionen, und was bedeutet ein Erstarken des Rechtspopulismus für eine sozialökologische Transformation? Die Autor:innen zeigen: Umstritten sind weniger Klimawandel und Umweltschutzfragen allgemein als vielmehr konkrete politische Projekte wie die Energiewende.

B. Sommer, M. Schad (Hrsg.)
Rechtspopulismus vs. Klimaschutz?
Positionen, Einstellungen, Erklärungsansätze
168 Seiten, Broschur, 25 Euro
ISBN 978-3-96238-360-2

Bestellbar im Buchhandel und unter www.oekom.de.
Auch als E-Book erhältlich.

Die guten Seiten der Zukunft

oekom

Rechte Parteien gegen Klimaschutz

Die Umweltpolitik von Rechtsaußenparteien in Europa

Auch wenn die umweltpolitischen Positionen europäischer Rechtsaußenparteien nicht einheitlich sind, lässt sich doch eine grobe Tendenz erkennen: Zumeist verteidigen sie fossile Lebensformen und positionieren sich gegen jeden Versuch ambitionierter Klimapolitik, dem Schutz der natürlichen Umwelt im nationalen Rahmen stehen sie dagegen offen gegenüber. Damit konnten sie in den letzten Jahren auch Einfluss auf politische Polarisierungsdynamiken und Regierungshandeln erlangen.

Von Floris Biskamp

Fragt man in Deutschland nach der Umweltpolitik von Rechtsaußenparteien, scheint die Antwort auf den ersten Blick klar. Hierzulande hat man mit der AfD eine Rechtsaußenpartei vor Augen, die nicht nur kontinuierlich in Richtung Rechtsextremismus driftet, sondern auch klimapolitisch Extrempositionen bezieht. Die Partei bestreitet oder bezweifelt die Existenz einer anthropogenen globalen Erwärmung und lehnt Gegenmaßnahmen entschieden ab (Küppers 2022; Schaller/Carius 2020, 84). Auch die deutlich folgenreichere klimapolitische Positionierung Donald Trumps, der der erfolgreichste Rechtsaußenpolitiker der letzten Jahrzehnte ist, passt zu dieser Wahrnehmung (Radtke/Schreurs 2019, 154 f.). Jedoch lässt sich von diesen Beispielen nicht auf die Umweltpolitik von Rechtsaußenparteien verallgemeinern. Vielmehr zeigt sich erhebliche Varianz – sowohl zwischen den verschiedenen Parteien als auch zwischen den verschiedenen Teilbereichen von Umweltpolitik. Im Folgenden lege ich zunächst dar, was ich unter Rechtsaußenpolitik sowie unter Umwelt- und Klimapolitik verstehe, um dann die Studienlage zur Umweltpolitik von Rechtsaußenparteien zusammenzufassen: Zu parteinahen Diskursen, zu Parteipositionierungen, zu Parteianhänger/innen, zum politischen Impact und zu den Folgen für Parteienwettbewerb und Polarisierung.

Begriffe: Rechtsaußen und Umweltpolitik

Als „rechtsaußen" werden politische Positionen bezeichnet, die die Kernideologien Autoritarismus und Nativismus vereinen. Autoritarismus umfasst die Befürwortung der Erhaltung tradierter gesellschaftlicher Hierarchien, die Betonung von Recht und Ordnung sowie den Wunsch nach einer Bestrafung von Abweichung. Nativismus bezeichnet einen Nationalismus, der die Bevorzugung einer ethnisch definierten In-Group gegenüber Out-Groups befürwortet (Biskamp 2021, 26–30; Mudde 2019, 27–31).

Umweltpolitik bezeichnet ein Politikfeld, dessen Gegenstand das Verhältnis der menschlichen Gesellschaft zu ihrer (insbesondere belebten) nichtmenschlichen Umwelt ist. In den letzten Jahren hat sich Klimapolitik (und damit verbunden Energiepolitik) zu dem politisch relevantesten umweltpolitischen Themenfeld entwickelt. Hier geht es den meisten Akteur/innen darum, das Ausmaß globaler Erwärmung zu begrenzen beziehungsweise ihre Folgen zu mildern (Aden 2012, 14–54). Ich spreche von progressiven klimapolitischen Positionen, wenn die Existenz der anthropogenen globalen Erwärmung anerkannt wird und ambitionierte politische Gegenmaßnahmen insbesondere im Bereich der Energiepolitik befürwortet werden. Ich spreche von regressiven klimapolitischen Positionen, wenn der Fakt einer anthropogenen globalen Erwärmung geleugnet oder angezweifelt und Gegenmaßnahmen abgelehnt werden.

Parteinahe Diskurse

Im Alltagsbewusstsein bleibt die Fehlannahme verbreitet, dass die politische Rechte sich nicht für Umweltpolitik interessiere oder ihr ablehnend gegenüberstehe beziehungsweise Umweltpolitik per se ein linkes Thema sei. Diese Annahmen sind historisch grundfalsch und auch für die Gegenwart nicht richtig. Seitdem die nichtmenschliche Umwelt menschlicher Gesellschaften ein politisches Thema ist, ist sie auch ein Thema der Rechten – und seitdem es Umweltbewegungen gibt, sind Rechte dort engagiert (Forchtner et al. 2018, 591 f.; Geden 1996). Es gibt in der Tradition der politischen Rechten verschiedene ideologische Linien mit Relevanz für Umweltpolitik. Einzelne Rechtsaußen-Akteur/innen greifen diese Linien in ihrer umweltpolitischen Positionierung auf und stellen je nach beteiligten Akteur/innen und politischer Konstellation Verknüpfungen mit jeweils spezifischer Gewichtung und Form her. Basierend auf der bestehenden Forschungsliteratur unterscheide ich fünf ideologische Linien, die für die umweltpolitischen Diskurse im Umfeld von Rechtsaußenparteien prägend sind.

(1) Naturromantik. Der Ursprung der politischen Rechten ist die Ablehnung von Aufklärung und Rationalismus als menschliche Anmaßungen, die zu Dekadenz und zur Zerstö-

*Ökologisches*Wirtschaften *Online-Ausgabe* O1.2023 (38) | DOI 10.14512/OEWO380110

© 2023 F. Biskamp; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de), which permits copying and redistributing the material in any medium or format, provided the original work is properly cited, it is not used for commercial purposes and it is not remixed, transformed or built upon. The access to the digital version of this article is reserved to subscribers of *Ökologisches*Wirtschaften until two years after the date of publication; after two years it is available to all readers.

rung der göttlichen oder natürlichen Ordnung führen. Entsprechend wird umgekehrt gefordert, dass sich Menschen in diese imaginierte Ordnung einfügen. Die Ordnungsvorstellung ist in der Regel auf gesellschaftliche Hierarchien bezogen, zum Beispiel von Stand, Klasse, race, Kultur, Geschlecht oder Alter – dies führt zu Autoritarismus und Nativismus. Darüber hinaus kann es auch mit der Forderung einhergehen, dass sich der Mensch bescheiden in die „Natur" einfügen muss. Dann erscheint eine bestimmte Vorstellung der nichtmenschlichen Umwelt als sehr schützenswert, was mit einer Wachstumskritik einhergehen kann (Forchtner/Kølvraa 2015, 204).

(2) Nationalismus. Einen zentralen Bezugspunkt für die politische Rechte bilden Nation und Nationalismus. Die Konzeptionen von Nation und Volk werden dabei stark ideologisiert (zum Beispiel biologistisch, ethnisierend oder kulturalistisch), was eine weitere Quelle des Nativismus ist. Verbunden damit ist zumeist eine Vorstellung von nationaler Besonderheit und ein Wunsch nach nationaler Größe. Dies kann mit der Imagination einer besonders erhaltenswerten und für die nationale Identität bedeutungsvollen nationalen „Natur" verbunden sein – in Deutschland ist dies zum Beispiel der „deutsche Wald". In diesem Nationalismus verschmelzen die Ideen von „Umweltschutz" und „Heimatschutz" zu einer Einheit (Forchtner/Kølvraa 2015, 204 ff.). Ebenfalls mit Nationalismus einher geht eine Skepsis gegenüber der Einbindung in internationale Abkommen und Organisationen, die als Einschränkungen nationaler Souveränität problematisiert werden. Solche *global governance* ist jedoch für Umweltpolitik und insbesondere Klimapolitik von besonderer Relevanz (Forchtner et al. 2018, 597 f.). Zusammen können diese beiden Artikulationen von Nationalismus dazu führen, dass Umweltschutz im eigenen Land als nationales Projekt befürwortet, progressive Klimapolitik aber als kosmopolitisch-antinational-„globalistisches" Projekt abgelehnt wird. Dies geht oft damit einher, dass progressive Klimapolitik als Gefährdung der nationalen Umwelt problematisiert wird, etwa beim Bau von Windkraftanlagen oder Stromtrassen.

(3) Verschwörungsdenken. Ebenfalls verbreitet in Rechtsaußendiskursen ist das (häufig antisemitische) Verschwörungsdenken. Dies kann sich auch auf Umweltpolitik beziehen, zum Beispiel indem es den letztgenannten Punkt verstärkt und Klimapolitik als globale Verschwörung imaginiert, die die „Klimalüge" nur erdacht hat, um gesellschaftliche Transformationen durchzusetzen (zum Beispiel Forchtner et al. 2018, 598).

(4) Ideologien der Härte. In einen Gegensatz zum romantischen Ideal des Sicheinfügens können die in der Rechten ebenfalls verbreiteten Ideologien der Härte geraten. Auch diese werden teils pseudodarwinistisch als Orientierung an Natur imaginiert. Diese sei ein ständiger Kampf ums Dasein, in dem nur die Starken überleben. Entsprechend müsse sich der Mensch beziehungsweise die Nation aggressiv behaupten und unter anderem die Natur zur Untertanin machen. Dieses aggressive Naturverhältnis ist oft mit Vorstellungen von männlicher Härte verbunden (Daggett 2018). Zudem besteht Anschlussfähigkeit an ein Denken, in dem Umweltschutz und progressive Klimapolitik als weltfremd, ihre Ablehnung als Realismus und gesunder Menschenverstand gilt (Forchtner et al. 2018, 595 f.). Diese ideologische Linie ist mit einer entschieden anti-ökologischen Positionierung kompatibel.

(5) Instrumentelles Naturverhältnis. Keineswegs exklusiv für die Rechte, aber bei ihr verbreitet ist ein instrumentelles Verhältnis zur Natur, bei dem diese als Mittel zum Zweck gilt – insbesondere als Mittel, mit dessen Nutzung die Nation ökonomische und politische Stärke erlangen kann. Auch aus dieser Linie werden Umweltschutz und progressive Klimapolitik eher zum Problem (Forchtner/Kølvraa 2015, 206; Cann/Raymond 2018, 6 f., 16).

Diese fünf ideologischen Linien fügen sich nicht bruchlos ineinander. Daher sind die im Rechtsaußenspektrum bezogenen umweltpolitischen Positionen nicht nur vielfältig, sondern mitunter gegensätzlich. Jedoch lässt sich im Umfeld von Rechtsaußenparteien in den letzten Jahren bei aller Heterogenität eine besonders verbreitete Art und Weise beobachten, die Linien zu vermitteln. Dabei wird die Befürwortung eines gewissen Maßes von Umweltschutz im nationalen Rahmen mit regressiven klimapolitischen Positionen verbunden. Die Feststellung dieser verbreiteten Tendenz sollte jedoch nicht über die beachtliche Heterogenität innerhalb des Rechtsaußenlagers hinwegtäuschen.

Parteiprogramme und Abstimmungsverhalten

Es gibt mehrere Studien, die die Positionen von Rechtsaußenparteien als Organisationen untersuchen. Die umfangreichste stammt von Schaller und Carius (2019), die die Parteiprogramme und das parlamentarische Abstimmungsverhalten zahlreicher Rechtsaußenparteien in Europa analysieren. Die Ergebnisse bestätigen das bisher Gesagte. Rechtsaußenparteien neigen zu regressiver Klimapolitik, stehen dem Umweltschutz jenseits von Klimafragen aber durchaus offen gegenüber. Dabei finden sich im Wesentlichen die im vorherigen Abschnitt genannten Motive. Zugleich zeigt sich in Programmen und Abstimmungsverhalten eine erhebliche Varianz. Die AfD nimmt gemeinsam mit der britischen UKIP eine klimapolitisch regressive Extremposition ein, die ungarische Fidesz-Partei steht am anderen Ende des Spektrums und positioniert sich klimapolitisch relativ progressiv – wofür sie aufgrund ihrer Position als Regierungspartei und (zur Zeit der Erhebung) Mitglied der Europäischen Volkspartei politische und monetäre Anreize hatte.

Die Wähler/innen von Rechtsaußenparteien

Die genannten Tendenzen spiegeln sich auch auf der politischen Nachfrageseite, also bei den Wähler/innen wider – zumindest in der Klimapolitik, wo dies gut erforscht ist. Personen mit rechten politischen Einstellungen oder Präferenzen für rechte Parteien hegen überproportional oft regressive klimapolitischen Einstellungen. Für Personen mit Rechtsaußeneinstellungen und Anhänger/innen von Rechtsaußenparteien

gilt dies noch deutlicher (für einen Überblick siehe Lockwood 2018, 4). Die Kausalität dieser Korrelation ist jedoch unklar. Haben diese Personen von vornherein ihre Einstellungen und wählen Rechtsaußenparteien, weil diese ihre klimapolitischen Präferenzen am ehesten repräsentieren? Oder identifizieren sich die Personen von vornherein als Anhänger/innen der Rechtsaußenparteien und übernehmen die klimapolitischen Positionen „ihrer" Parteien? Oder passen sich die Parteien der Position ihrer Wähler/innen an? Oder besteht gar kein direkter Kausalzusammenhang? Und welche Zusammenhänge bestehen zwischen regressiven klimapolitischen Einstellungen und anderen rechten Ideologemen? Die entsprechende empirische Forschung steht noch an ihren Anfängen (Huber 2020; Jylhä et al. 2019).

Der Einfluss von Rechtsaußenparteien auf Regierungspolitik

Noch schwerer ist zu erheben, wie die Umweltpolitik von Rechtsaußenparteien den *Policy Output* der Regierungen beeinflusst. Für die Klimapolitik haben Ćetković und Hagemann (2020) diesen Zusammenhang anhand von sechs europäischen Demokratien untersucht. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass eine Regierungsbeteiligung von Rechtsaußenparteien dazu führen kann, dass die nationale Klimapolitik regressiver wird – insbesondere, wenn die Rechtsaußenparteien relevante Ministerien besetzen (Ćetković/Hagemann 2020, 5 f.). Jedoch finden sie auch Hinweise auf einen paradoxen indirekten Einfluss. Der Aufstieg von Rechtsaußenparteien kann die Mobilisierungschancen anderer Parteien sowie die Koalitionsarithmetik verändern. Das kann zur Konsequenz haben, dass klimapolitisch progressivere Regierungen wahrscheinlicher werden (Ćetković/Hagemann 2020, 6 f.). Diese Fragen bedürfen weiterer Forschung, bei der auch die Möglichkeit betrachtet werden muss, dass klimapolitisch regressive Rechtsaußenakteur/innen den öffentlichen Diskurs prägen können, was bislang in den USA deutlich stärker geschieht als in Europa (Radtke/Schreurs 2019, 156 f.). Dies wiederum kann regressiven Anpassungsdruck auf andere Parteien erzeugen.

Parteienwettbewerb und Polarisierung

In einer breiteren Perspektive gehen einige Autor/innen davon aus, dass Klimapolitik und Energiewende zu einer neuen Polarisierungsdynamik im Parteienwettbewerb beitragen könnten. Dann würden Rechtsaußenparteien Bevölkerungsteile repräsentieren, die von der zunehmend progressiven Klimapolitik der anderen Parteien entfremdet sind, was dann wiederum weitere klimapolitische Fortschritte blockieren könnte (Radtke/Schreurs 2019; Reitz/Jörke 2021). Diese These hat eine gewisse Plausibilität, jedoch ist eine solche Entwicklung bislang nur in Ansätzen zu beobachten und die Empirie bruchstückhaft (Lockwood, 2018, 8 f.). Darüber hinaus ist zu betonen, dass die Herausbildung einer solchen Polarisierung stark davon abhängt, welche Politiken die anderen Parteien verfolgen. Es sollten nicht vorschnell allzu große Zeitdiagnosen formuliert werden, wenn die Situation politisch kontingent und empirisch nicht hinreichend erforscht ist.

Anmerkung

Ich danke den Teilnehmer/innen des Seminars *Die umweltpolitischen Positionen von Rechtsaußenparteien* am Otto-Suhr-Institut im Wintersemester 2021/22 für die Diskussionen, von denen ich sehr profitiert habe.

Literatur

Aden, H. (2012): Umweltpolitik. Wiesbaden, Springer. DOI: 10.1007/978-3-531-93307-8

Biskamp, F. (2021): Extrem populistisch. Über die Kategorisierung von Rechtsaußenparteien und die Einordnung der AfD. In: Sehmer, J. et al. (Hrsg.): Recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen. Wiesbaden, Springer. 21–37. DOI: 10.1007/978-3-658-32560-2_2

Cann, H. W./Raymond, L. (2018): Does climate denialism still matter? The prevalence of alternative frames in opposition to climate policy. In: Environmental Politics 27/3: 433–454. DOI: 10.1080/09644016.2018.1439353

Ćetković, S./Hagemann, C. (2020): Changing Climate for Populists? Examining the Influence of Radical-Right Political Parties on Low-Carbon Energy Transitions in Western Europe. In: Energy Research & Social Science 66: 101 571. DOI: 10.1016/j.erss.2020.101571

Daggett, C. (2018): Petro-masculinity: Fossil Fuels and Authoritarian Desire. In: Millennium 47/1: 25–44. DOI: 10.1177/0305829818775817

Forchtner, B./Kølvraa, C. (2015): The Nature of Nationalism. Populist Radical Right Parties on Countryside and Climate. In: Nature and Culture 10/2: 199–224. DOI: 10.3167/nc.2015.100204

Forchtner, B. et al. (2018): Being Skeptical? Exploring Far-Right Climate-Change Communication in Germany. In: Environmental Communication 12/5: 589–604. DOI: 10.1080/17524032.2018.1470546

Geden, O. (1996): Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus. Berlin, Elefanten-Press.

Huber, R. A. (2020): The role of populist attitudes in explaining climate change skepticism and support for environmental protection. In: Environmental Politics 29/6: 959–982. DOI: 10.1080/09644016.2019.1708186

Jylhä, K. M. et al. (2019): Climate change denial among radical right-wing supporters. In: Sustainability 2020/12: 10 226. DOI: 10.3390/su122310226

Küppers, A. (2022): 'Climate-Soviets,' 'Alarmism,' and 'Eco-Dictatorship': The Framing of Climate Change Scepticism by the Populist Radical Right Alternative for Germany. In: German Politics: 1–21. DOI: 10.1080/09644008.2022.2056596

Lockwood, M. (2018): Right-wing populism and the climate change agenda: Exploring the linkages. In: Environmental Politics 27/4: 712–732. DOI: 10.1080/09644016.2018.1458411

Mudde, C. (2019): The Far Right Today. Cambridge, Polity.

Radtke, J./Schreurs, M. A. (2019): Klimaskeptizismus und populistische Bewegungen in Europa und den USA. In: Radtke, J. et al. (Hrsg.): Energiewende in Zeiten des Populismus. Wiesbaden, Springer. 145–179. DOI: 10.1007/978-3-658-26103-0_5

Reitz, T./Jörke, D. (2021): The Reshaping of Political Representation in Post-Growth Capitalism. A Paradigmatic Analysis of Green and Right-Wing Populist Parties. In: Anthropological Theory 21/3: 287–314. DOI: 10.1177/1463499620977992

Schaller, S./Carius, A. (2019): Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe. Berlin, adelphi.

AUTOR + KONTAKT

Floris Biskamp ist Politikwissenschaftler und Soziologe und derzeit stellvertretender Projektleiter im Forschungsprojekt *EZRA: Rassismus und Antisemitismus erinnern* an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.

Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Zentrum Flucht und Migration, Marktplatz 13, 85072 Eichstätt. E-Mail: floris.biskamp@ku.de

Rechte Strategien der Aneignung

Postwachstum von rechts und die Gefahr des Ökofaschismus

Das Konzept des Postwachstums ist für eine Auslegung durch die Neue Rechte offen. Diese versucht durch unterschiedliche Methoden die Ideen umzudeuten und neu zu kontextualisieren. Wo ist Abgrenzung notwendig und welche Argumente können dem Narrativ der Neuen Rechten entgegengesetzt werden?

Von Tatjana Söding und William Callison

Die Verstetigung der Klimakrise hat der Kritik des Kapitalismus neuen Wind eingehaucht. Populär vertreten wird diese Erkenntnis insbesondere von der Postwachstums- und Degrowth-Bewegung. Hierbei wird Postwachstum häufig als geplante Verringerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs von Ländern des Globalen Nordens beschrieben, die ein Leben innerhalb planetarer Grenzen ermöglichen, inter- und intranationale Ungleichheit verringern und das menschliche Wohlbefinden verbessern soll (Hickel 2021). Im Vordergrund steht die Annahme, dass der kapitalistische Wachstumsimperativ sowohl die Klimakrise verantwortet, die Zerstörung von Ökosystemen befeuert, internationale Ausbeutung begünstigt und zu Armut, Entfremdung und Überarbeitung führt. Aufgrund ihrer programmatischen Heterogenität entzieht sich die Degrowth- und Postwachstumsbewegung einer einheitlichen Definition (D'Alisa et al. 2015). Zu beobachten ist jedoch, dass der Begriff des Postwachstums, der sich im deutschsprachigen Raum etabliert hat, eine systematische Kritik des Kapitalismus häufig ausklammert – stattdessen wird der Fokus auf die Vorteile von individuellem Verzicht, Suffizienz und einem genügsamen Leben gesetzt, wie es etwa Niko Paech und Harald Welzer tun. Obgleich diese Position und die Gefahr ihrer Kooptierung von rechten Intellektuellen von den führenden Postwachstums- und Degrowth-Autor/innen aufgegriffen und entwaffnet wird (Schmelzer 2022; Eversberg 2018), mangelt es an einer tiefgründigen Analyse der Anknüpfungspunkte, die die „Neue Rechte" in der Postwachstumsliteratur findet.

Postwachstum von rechts

Es sind nicht alle rechten Strömungen geneigt, linke Begriffe wie Postwachstum und Degrowth zu verwenden. Als parlamentarische Vertretung der Neuen Rechten rekrutiert sich die Alternative für Deutschland (AfD) etwa aus zwei Lagern – Anhänger/innen eines radikalen Marktliberalismus, die zu einer undifferenzierten Klimaleugnung neigen, und national-sozialen Kräften, die einen klassischen Wohlfahrtschauvinismus verteidigen und sich mit ökologischen Themen und Debatten wie dem Postwachstum auseinandersetzen. Beispiele rechtsextremer Gruppen, die ökologische Themenfelder bespielen, sind rechte Landnahme- und Siedlungsbewegungen, wie die esoterische Anastasia-Bewegung. Anders zu verorten ist die Kleinpartei Der III. Weg, die oft auf den Straßen mobilisiert und von einer kleinen rechtsextremen Elite ehemaliger NPD-Funktionäre geführt wird. Der III. Weg hat ein – stark an den historischen Nationalsozialismus angelehntes – 10-Punkte-Programm, das in vier Punkten Bezug auf die ökologische Dimension nimmt und an einen kapitalismuskritischen Diskurs andockt. Am rechten Rand mehren sich zur gleichen Zeit Verlage (Antaios, Oikos, Jungeuropa) und Magazine (Compact, Sezession, Die Kehre: Zeitschrift für Naturschutz), die sich mit rechten Ideen und Denker/innen auf intellektuelle Weise auseinandersetzen und rechte Ideologien weiterentwickeln.

Eines dieser Magazine, *Die Kehre: Zeitschrift für Naturschutz*, ist auf ökologische Themen fokussiert – und bespricht die Ideen des Postwachstums häufig (vgl. auch der Beitrag von Passeick in dieser Ausgabe). Herausgegeben wird die Kehre von Jonas Schick, der bis zu seinem strategischen Austritt im Jahr 2017 ein aktives Mitglied der Jugendpartei der AfD war. Die Ansätze des Magazins sind vor allem vom Vordenker der französischen *Nouvelle Droite* Alain de Benoist inspiriert, dessen Buch *Nach dem Wachstum: Texte zur ökologischen Frage* (2022) von Schicks neugegründetem Oikos Verlag ins Deutsche übersetzt wurde. Die Ausgabe *Postwachstum* (Heft 7) beinhaltet nebst anderen Texten eine Besprechung von Niko Paech – andernorts wurden die Publikationen von Degrowth-Autoren Tim Jackson (Heft 10) und Jason Hickel (in Kürze erscheinendes Heft 13) rezensiert. Nicht nur rezensiert das Magazin linke Bücher, es verwendet und verdreht dabei häufig linke Argumente. So etwa in ihrer *Kritik des grünen Kapitalismus*, wie ein Artikel des rechten Verlegers und Denkers Benedikt Kaiser betitelt ist. Kaisers Artikel beginnt und endet mit Referenz zu den Worten von Alain de Benoist: „Tatsächlich ist die Umweltbewegung eindeutig konservativ insofern, als sie Lebensqualität, organische Gemeinschaft, traditionelle Lebensgrundlagen, die Vielfalt der Arten wie der Kulturen zu bewahren sucht, und revolutionär insofern, als sie den radikalen Bruch mit der produktivistischen

*Ökologisches*Wirtschaften *Online-Ausgabe* O1.2023 (38) | DOI 10.14512/OEWO380113

© 2023 T. Söding, W. Callison; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de), which permits copying and redistributing the material in any medium or format, provided the original work is properly cited, it is not used for commercial purposes and it is not remixed, transformed or built upon. The access to the digital version of this article is reserved to subscribers of *Ökologisches*Wirtschaften until two years after the date of publication; after two years it is available to all readers.

Ideologie fordert, auf der weltweit die Logik des Kapitals und des Markts gründet." (Heft 7/2021, 15)

In der Besprechung der Ausgabe *Ökofaschismus* (Heft 12/2022) zeigen sich Kehre-Autoren offen, das Magazin als ökofaschistisch zu bezeichnen, würde sich daraus ein strategischer Vorteil ergeben. Ziel der Verleger ist es, den politischen Einfluss der Zeitschrift weiter auszubauen. Bislang wurden Interviews mit AfD-Politikern wie Alexander Gauland und Björn Höcke im Magazin abgedruckt. Höcke folgt den Magazin-Herausgebern nicht nur in seinen Argumenten, dass „die etablierte Politik mit ihrem einseitigen Wachstumsdogma am Ende ist" und dass „ökologischen Gesetze auch für den Menschen gelten" (Heft 6/2021, 33 ff.), sondern lässt sich auch gerne beim Lesen des Magazins fotografieren, wie auf der Instagram-Seite des Magazins zu sehen ist. Beim Junge-Alternative-Bundeskongress 2022 ließ sich auch AfD-Co-Vorsitzender Tino Chrupalla mit Schick ablichten.

Rechte Aneignungsstrategien

Dass sich die Rechte des Postwachstumsdiskurses bedient, mag zunächst überraschen. So ist insbesondere im deutschen Kontext etabliert, dass der Kapitalismus – wenn auch in einer verstaatlichten Form – einen grundlegenden Baustein für die Machtergreifung und Autarkiepolitik der Nationalsozialisten darstellte. Andere zentrale Ideologien und Taktiken der historischen und Neuen Rechten, die im nächsten Abschnitt besprochen werden, bieten jedoch Anschlusspunkte an Wachstums- und Kapitalismuskritik, insbesondere in Zeiten der Klimakrise: Der Nationalismus, der Rassismus, die Blut-und-Boden-Ideologie, die Malthusische Bevölkerungspolitik und ein rechter Gramscianismus.

Die Nation ist, mit den Worten Benedict Andersons, eine imaginierte politische Gemeinschaft, die ihre historische Entwicklung, Geschlossenheit und Souveränität mystifiziert. Entscheidend ist, dass die Charakterisierung der Nation als eine begrenzte Gemeinschaft auf die Konstruktion eines externen Anderen angewiesen ist. Als weitere Eskalationsstufe des liberalen Nationalismus basiert rechter Nationalismus auf einer ethnopluralen Unterscheidung und Hierarchisierung von Menschen, die verbale und körperliche Gewalt gegen einen rassifizierten Anderen motiviert. Rechter Nationalismus fokussiert sich weniger auf den Erhalt staatlicher Funktionen, sondern auf die Verteidigung von einer „biologischen reinen" oder „kulturell-gewachsenen" Gemeinschaft (Malm/Zetkin Collective 2021; Moore/Roberts 2022). Diese Verteidigung wird als notwendig angesehen, da die Begrenztheit und Souveränität der Nation durch sogenannte Migrationsströme oder „neoliberale Globalisierung" nicht aufrechterhalten werden können.

Die Neue Rechte findet in der Kritik des globalen Kapitalismus, die das Postwachstum übt, ein Einfallstor für ihren Ethnonationalismus. Ein unabhängiger, von rechten Akteuren sogenannter Lebensraum, der innerhalb geschlossener Grenzen auf regionale Selbstversorgung baut, wird seitens der Rechten als Alternative zum globalisierten Kapitalismus dargestellt. Somit kann rechtes Postwachstum an bereits etablierte Narrative anschließen: Dass das Leben in Städten Menschen entfremdet und beschleunigt, das suffiziente und autarke Leben auf dem Land eine natürlichere – und somit bessere – Lebensform darstellt, ortsgebundene Gemeinschaften häufig einer ökologischen Lebensweise nachgehen und Souveränität durch Lokalismus zurückgewonnen werden kann. Besonders ausdrucksstark wurden diese Annahmen bislang in der Blut-und-Boden-Ideologie eines reinen und mit der lokalen Natur verbundenen Volkes formuliert, die 1933 durch den Leiter des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS, Walther Darré, populär wurden. Zu den Zeiten des „Dritten Reichs" legitimierte die Blut-und-Boden-Ideologie die nationalsozialistische Expansionspolitik und befeuerte den Antisemitismus gegenüber einem in dieser Ideologie als „ortsfremd" und „unverwurzelt" charaktersierten sogenannten jüdischen Nomadentum. In der Aneignung des Postwachtumsbegriffes kommen die Erben dieser historischen Ideologie wieder ins Spiel, indem sie versuchen, Degrowth-Ideen wie einem lokalen *Commoning*, autonomen Orten und alternativen Landwirtschaftssystemen eine rechtsnationale Bedeutung zu geben.

Dass die Rufe nach einer Postwachstumsgesellschaft inmitten der Klimakrise lauter werden, spielt einem rechten Naturschutzprojekt in die Karten. Weil die Begriffe des Postwachstums und des Degrowth keine inhärente Verbindung zu dem Objekt aufzeigen, dessen Wachstum überwunden werden soll, bleiben beide Begrifflichkeiten für die rechte Auslegung offen, die ökologische Krise könnte nur durch ein Schrumpfen der Weltbevölkerung überwunden werden. Ihre Wurzeln haben derartige Überzeugungen unter anderem in Thomas Malthus Aufsatz *Über das Prinzip der Bevölkerung* aus dem Jahr 1798. In dem argumentierte Malthus, dass der Staat arme Menschen nicht finanziell unterstützen sollte – würden sie verhungern, wäre dies eine sozialdarwinistische Kontrollfunktion der Natur, die Bevölkerungsgröße im Einklang mit ökologischen Ressourcen zu halten. Die Rechte hat diesen Klassismus auf die internationale Arbeiter/innenklasse ausgeweitet und modernisiert. Durch das neokoloniale Narrativ des von rechten Akteuren sogenannten großen Austauschs postulieren sie, People of Colour würden durch eine höhere Reproduktion und gezielte Migration in den Globalen Norden „Weiße" eliminieren. In Zeiten der Klimakrise argumentiert die Neue Rechte, dass die „Schrumpfung der Bevölkerungszahl [...] aus ökologischer Sicht" ein wichtiger „Postwachstumsprozess" und die „Minimierung regionaler und globaler Migration [...] ein wesentlicher Baustein für eine ökologische Lebensweise" seien (Schick 2020, 1).

Nationalismus, Rassismus und Malthusianismus werden mal explizit entwickelt, mal implizit in einen verharmlosenden Diskurs eingebettet. Solche Taktiken der Einbettung sind als „rechter Gramscianismus" zu verstehen. Antonio Gramsci analysierte, wie Klassenverhältnisse und Machtstrukturen durch hegemoniale Ideen, Diskurse und Praktiken verbreitet

und stabilisiert werden und schlussfolgerte, dass eine sozialistische Politik eine Gegenhegemonie entwickeln muss, um die Breite der Bevölkerung zu mobilisieren. Einer rechten Aneignung des Gramscianismus folgend zielen etwa Alain de Benoists politische Interventionen auf eine kulturelle und abstrakte Transformation genereller Ideen, die er als „Metapolitik" bezeichnet. Durch die Umdeutung bestehender Begriffe, Normen und Traditionen soll ein langsamer Kulturwandel initiiert werden, der schlussendlich in einer revolutionären Veränderung politischer Institutionen endet. Die deutsche Neue Rechte findet in Benoist ein Vorbild dafür, wie rechte Metapolitik bestehende Begriffe umdeuten kann. Beispielsweise plädiert die Jungpartei der AfD dafür, dass die Mutterpartei den Klimawandel nicht länger leugnet. Grund dafür ist nicht etwa die Einsicht, dass die „Annahme eines durch CO_2-Emissionen menschengemachten Klimawandels" wissenschaftlich fundiert ist, sondern dass die Themen des Klimawandels und Umweltschutzes zu einem gesellschaftlich relevanten Gegenstand geworden sind (Junge Alternative 2022, 5). Da die Junge Alternative in der Grünen Partei ihren Hauptgegner sieht, zielt ihre rechtsgramscianische Strategie darauf ab, den Naturbegriff von rechts zu besetzen und so neues Wählerpotenzial zu erschließen. Während sie lamentieren, dass die sogenannten Altparteien sich lediglich auf die Frage des Klimaschutzes begrenzen, möchten sie die Debatte des lokalen Umweltschutzes prägen. Ihre Vorschläge zur Verbesserung des Klimas sehen vor, tatsächlichen Klimaveränderungen „nüchtern" zu begegnen, den Abbau von Braun- und Steinkohle zu reaktivieren (Junge Alternative 2022, 5–7) und die „Überbevölkerung" zu begrenzen (Tagesspiegel 2019). Diese Herangehensweise verharmlost rassistisches Denken und nutzt das Momentum linker Klimapolitik und die wachsende Bekanntheit des Postwachstumsbegriffes für rechte Zwecke aus.

Linke Gegenstrategien

Das Projekt der politischen Rechten hat linke Begrifflichkeiten stets für sich genutzt. Im Dritten Reich wurde etwa probiert, die Arbeiter/innenklasse durch sozialistisch angehauchtes Vokabular für sich zu gewinnen und Populismus wird mittlerweile fast ausschließlich mit rechten Projekten in Verbindung gebracht. Dass sich die Rechte nun auch des Vokabulars der Postwachstums- und Degrowthbewegung bedient, bedeutet demnach nicht, dass es unwiederbringlich eingenommen ist. Trotzdem sollten die Rufe rechter Denker nach einer Abkehr vom kapitalistischen Wachstumsimperativ ernst und zum Anlass für deutliche Abgrenzung genommen werden. Hierbei wäre es nützlich, wenn Postwachstumstheorien in ihrer Kritik des ökonomischen Wachstums deutlicher auf der marxistischen Klassenanalyse aufbauen. Ein Vorbild, das eine Kooption von rechts a priori ausschließt, ist in dem Vorschlag für ein „Ökologisches Postwachstum/Degrowth" zu finden (Löwy et al. 2022; Durand et al. 2023). Durch die Kopplung des Postwachstums an die Theorie des Ökosozialismus wird deutlich, welches profitorientierte Wachstum überkommen werden muss, um einen Zuwachs in anderen Bereichen zu ermöglichen und die demokratische Entscheidungsfindung zu stärken. Ein Ökosozialistisches Postwachstum verspricht nicht nur einen starken Fokus auf globale Gerechtigkeit, sondern auch ein politisches Mittel, Zukunftshorizonte zu entwickeln und einer rechten Programmatik entgegenzuwirken, die Angst vor Kollaps und Chaos schürt. Obwohl die Degrowth-Bewegung immer stärker darin wird, Ideen für eine postkapitalistische Gesellschaft auszuformulieren, könnten diese durch ökosozialistische Überlegungen zur Umstrukturierung der Wirtschaft an Schärfe und Zuspruch gewinnen.

Anmerkung

Dieser Beitrag wurde durch den *Formas Research Council in Sweden* unter der Zuschussnummer (2018-01702) unterstützt.

Literatur

D'Alisa, G. et al. (2015): Degrowth: A Vocabulary for a New Era. New York, Routledge. DOI: 10.4324/9780203796146

Eversberg, D. (2018): Gefährliches Werben: Über die Anschlussfähigkeit der Postwachstumsdebatte gegenüber dem autoritären Nationalismus – und was sich dagegen tun lässt. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 31/4: 52–61. DOI: 10.1515/fjsb-2018-0082

Durand, C./Hofferberth, E./Schmelzer, M. (2023): Planning beyond growth. The case for economic democracy within limits. Political Economy Working Papers, 2023/1. https://archive-ouverte.unige.ch/unige:166429

Hickel, J. (2021): What does degrowth mean? A few points of clarification. In: Globalizations 18/7: 1105–1111. DOI: 10.1080/14747731.2020.1812222

Junge Alternative (2022): „Jugend, die vorangeht!" Programm & Leitlinien. https://netzseite.jungealternative.online/start/programm

Löwy, M. et al. (2022): For an Ecosocialist Degrowth. In: Monthly Review 73/11: 56–58. DOI: 10.14452/MR-073-11-2022-04_4

Malm, A./The Zetkin Collective (2021): Black Fuel, White Skin – On the Danger of Fossil Fascism. London, Verso.

Moore, S./Roberts, A. (2022): The Rise of Ecofascism: Climate Change and the Far Right. Cambridge, Polity Press.

Schick, J. (2020): Editorial. In: Die Kehre: Zeitschrift für Naturschutz.

Schmelzer, M. el al. (2022): The Future Is Degrowth: A Guide to a World beyond Capitalism. London, Verso.

Tagesspiegel: Junge Alternative Berlin. Parteinachwuchs fordert neue Klimapolitik der AfD. www.tagesspiegel.de/politik/parteinachwuchs-fordert-neue-klimapolitik-der-afd-5939545.html

AUTOR/INNEN + KONTAKT

Tatjana Söding ist freie Journalistin und Forschungsmitglied des Zetkin Collectives.

E-Mail: tatjanasoeding@gmail.com

William Callison ist Postdoctoral Fellow an der Fakultät der Humangeographie an der Uppsala University und Mitglied des Zetkin Collectives.

Uppsala Universität, Ekonomikum, Kyrkogårdsgatan 10
Box 51 37 51 20 Uppsala, Sweden. E-Mail: william.callison@kultgeog.uu.se

Regionales Wirtschaften als patriotische Pflicht

Wie die Neue Rechte versucht, Einfluss auf die deutsche Postwachstums-bewegung zu nehmen

Kapitalismuskritik und Naturschutzbestrebungen innerhalb des Postwachstumsdiskurses sind für die Neue Rechte historisch anschlussfähig. Welche Argumentationslinien sind hier besonders naheliegend und welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus für eine emanzipatorische Postwachstumstheorie?

Von Yannick Passeick

Viele Jahrzehnte galt es in Deutschland als selbstverständlich, Themenfelder wie Naturschutz, Umweltschutz, alternative Lebens- und Wirtschaftsprojekte, sowie Kapitalismus- und Wachstumskritik der politischen Linken zuzuordnen. Diese Selbstverständlichkeit dürfte bei großen Teilen der entsprechend eingestellten Menschen noch immer vorherrschend sein, wenngleich in den letzten Jahren durch energische Aufklärungsarbeit auf rechte Vereinnahmungsversuche an verschiedenen Stellen hingewiesen wurde. Mitgliederstarke Naturschutzverbände wie der Naturschutzbund (NABU 2022) haben eigene Untersuchungen angefertigt und Verbände wie der Deutsche Naturschutzring (DNR 2020) verfassten deutliche Positionierungen gegen rechte Vereinnahmungen. Auch die Postwachstumsszene positionierte sich und thematisierte eine prinzipielle Gefahr der Vereinnahmung ihrer Anliegen, wie exemplarisch bei Eversberg (2018) oder Schmelzer/Vetter (2019) nachzulesen ist.

Derartige Publikationen, Stellungnahmen und Fortbildungen in den eigenen Strukturen können als Reaktion auf eine verstärkte Wahrnehmung rechter Aktivitäten verstanden werden. Das sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Formen rechter Aktivitäten nicht neu sind. Mit einigem Recht berufen sich heutige extreme Rechte auf die historischen Wurzeln des Naturschutzes, die ihrer eigenen Ideologie recht nahekommen (vgl. Gläsel und Buzogány in diesem Band).

Postwachstum und die Neue Rechte

Mit Blick auf Diskurse über eine Postwachstumsökonomie lassen sich einige ideologische und historische Anknüpfungspunkte für die extreme Rechte, hier besonders die sogenannte „Neue Rechte“ feststellen. [1] Im Folgenden sollen daher anhand ausgewählter und für die deutsche Neue Rechte wichtiger Personen, zentrale Argumentationsmuster dargestellt werden, um im Anschluss notwendigen Handlungsbedarf für die deutsche Postwachstumsszene abzuleiten.

Seit 2020 erscheint die neurechte Naturschutzzeitschrift *Die Kehre* und formuliert den Anspruch, ökologische Themen wieder stärker von rechts zu besetzen. Der Titel orientiert sich an Martin Heidegger und damit einem wichtigen Bezugspunkt neurechter Theoriebemühungen (Langer 2021). Neben ideologisch unverdächtig wirkenden Artikeln ziehen sich rechte Narrative verbunden mit einer wachstumskritischen Perspektive durch die Zeitschrift. Der Chefredakteur Jonas Schick lässt kaum eine Gelegenheit aus, um vor einer vermeintlichen Überbevölkerung der Erde zu warnen, ohne deren Eindämmung ökologische Anliegen ohnehin scheitern würden (Schick 2021). Damit ist ein wiederkehrendes Argument benannt, welches nicht nur die Linie der Zeitschrift, sondern auch sämtliche rechte Ökologiekonzepte ausmacht. Die isolierte Betrachtung des globalen Bevölkerungswachstums beziehungsweise die Identifizierung dessen als wichtigste Variable einer Postwachstumsökonomie offenbart die dahinterliegende paternalistische wie rassistische Logik. In der neurechten Vorstellung sind die Menschen im Globalen Süden „zu viel“, deren pure Existenz einzudämmen und deren Migration in den Globalen Norden gleichzeitig zu verhindern sei.

Diese Argumentationen hat der neurechte Autor und Chefredakteur der Zeitschrift *Recherche D* Felix Menzel in seinen *Sieben Thesen für eine konservativ-ökologische Wende* (Recherche D 2019) deutlich formuliert. Nach der ersten und demnach wichtigsten These sei „die Überbevölkerung [...] die Mutter aller Umweltprobleme“ (ebd.) sowie seien „sichere Grenzen [...] die beste Umweltpolitik“ (ebd.). Während sich in den weiteren Ausführungen und Formulierungen die rassistische Logik offenbart, sind weitere Thesen und Ansätze anschlussfähiger für Postwachstumsbewegte. Es geht um eine Abkehr vom Wachstumsparadigma, die Stärkung regionaler Wirtschaftsstrukturen, eine zu reduzierende Mobilität, sowie eine pessimistische Sicht auf eine „Billigkonsum- und Überflußgesellschaft [sic!]“ (ebd.).

Menzel selbst engagiert sich schon länger in dem Themenfeld und publizierte zwischen 2015 und 2017 für die Online-Präsenz des neurechten Theorieorgans *Sezession* eine Reihe zu

*Ökologisches*Wirtschaften *Online-Ausgabe* O1.2023 (38) | DOI 10.14512/OEWO380116

© 2023 Y. Passeick; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de), which permits copying and redistributing the material in any medium or format, provided the original work is properly cited, it is not used for commercial purposes and it is not remixed, transformed or built upon. The access to the digital version of this article is reserved to subscribers of *Ökologisches*Wirtschaften until two years after the date of publication; after two years it is available to all readers.

Wachstumskritik, in der verschiedene Themen aus der Postwachstumsszene besprochen wurden (Geffken 2020). Insbesondere finden sich positive Besprechungen von Tim Jackson oder, aus heutiger Sicht zusätzlich interessant, ein Verweis auf den Roman *Unterleuten* von Juli Zeh, in dem das ländliche Leben beschrieben wird und rechtskonservative Ideale einer suffizienzorientierten Wirtschaftsweise ausgehandelt werden (Menzel 2015; Menzel 2016 a).

Es wird von neurechter Seite auch immer wieder auf Geld- und Zinsfragen eingegangen. Wenngleich die Bemühung besteht, sich nicht auf die antisemitische und nicht zuletzt durch den Nationalsozialismus bekannte Unterscheidung von sogenanntem „schaffendem" und „raffendem" Kapital zu beziehen, schwingt genau diese unterschwellig stets mit. Menzel schreibt interessiert über „Schwundgeld" (Menzel 2016 b), während sich der thüringische AfD-Vorsitzende Höcke explizit gegen das Zinsgeldsystem wehrt und dies für ihn eine wichtige Komponente für eine Postwachstumswirtschaft von rechts ist (Kemper 2015). Ein weiterer neurechter Netzwerker und wichtige Person in der Szene, Philip Stein, spricht sich dafür aus, *Transition-Towns* von rechts zu besetzen und wirft seinem eigenen politischen Lager Versäumnisse in diesem Bereich vor (Stein 2017). Die Anschlussfähigkeit von Regionalwährungen, Schwundgeld und Freiwirtschaftslehre an völkische Ideologien ist besonders bei einer Orientierung an die Theorien von Silvio Gesell gegeben, in denen laut Altvater (2004) ein struktureller Antisemitismus und Sozialdarwinismus angelegt sei.

Eine wichtige Ausrichtung rechter Ökologiekonzepte und damit auch deren Anwendung auf Postwachstumsdiskurse ist die Überbetonung des Regionalen. Neben den grundsätzlich nachvollziehbaren ökologischen Vorteilen regionaler Wirtschaftskreisläufe kommt für die Neue Rechte hier eine ideologische Komponente mit hinein. Bei *Recherche D* wird dies explizit so formuliert: „Der Kauf regionaler Produkte ist ein patriotischer Akt" (Recherche D 2019). Es soll eine stärkere Verbindung mit der eigenen (Herkunfts-)Region hergestellt werden, um auch eine regionale, nationale oder auch völkische Identität zu stärken. Dementsprechend verbleiben Gewinne vermeintlich bei den eigenen Leuten. An dieser Stelle ließe sich von der Argumentation aus demokratischer Postwachstumsperspektive mit dem Verweis auf das globale Denken bei lokalem Handeln entschieden widersprechen. Jedoch entspricht es der perfiden neurechten Ideologie des Ethnopluralismus durchaus, global zu denken und sich für regionale Wirtschaftskreisläufe einzusetzen. Die Motivation dahinter ist schlicht rassistisch und migrationsfeindlich, da letztere verhindert werden soll und beispielsweise bessere Lebensgrundlagen durch Subsistenzwirtschaft und wirtschaftliche Autonomie für Menschen im Globalen Süden einen Beitrag dafür leisten können.

Seit den 1960er Jahren spielt Alain de Benoist für die französische *Nouvelle Droite* und auch für die europäische Neue Rechte eine bedeutende Rolle. Mit seinem 2009 auf Deutsch erschienenen Werk *Abschied vom Wachstum* besetzte er das Thema Postwachstum auch für dieses politische Spektrum. Seine Analysen orientieren sich dabei unter anderem an Serge Latouche und Rudolf Bahro (Benoist 2009). Im Jahr 2022 widmete er sich mit dem Buch *Nach dem Wachstum* erneut dem Themenfeld, was dankbar von der rechten Zeitschrift *Die Kehre* aufgenommen und auch in deutscher Übersetzung im eigenen Verlag vertrieben wird.

„Der Blick auf die thematischen Anknüpfungspunkte von extrem rechter Ideologie mit Postwachstumsansätzen zeigt deutliche Gefahren der Vereinnahmung auf."

Neben der eingangs erwähnten Fokussierung der Zeitschrift auf Fragen des Bevölkerungswachstums folgt eine genauere Betrachtung des Heftes 7 von 2021 zum Thema Postwachstum. In dieser Ausgabe gibt es eine Einführung in die Theorie, eine positive Buchbesprechung von Niko Paechs *Befreiung vom Überfluss* (Dittus 2021), ein Interview mit Richard Heinberg, eine Kritik des grünen Kapitalismus, sowie eine ausführliche Würdigung von Herbert Gruhl (Wiessner 2021). Wenngleich deutlich wird, dass viele der theoretischen Bezüge nicht aus dem eigenen, rechten politischen Lager stammen, ist die positive Bezugnahme beispielsweise auf Paech, Latouche und Rob Hopkins auffällig (Stein 2021). Aus dem Grund wird vermutlich auch Gruhl als Identifikationsfigur der ökologischen Rechten verhältnismäßig viel Platz eingeräumt und sein Denken als eine Art frühes Vertreten von Postwachstumstheorien dargestellt (Schick 2021). Die Intention dahinter lässt sich unschwer in den Texten finden. Die historisch nicht ganz zu Unrecht betonte rechte Traditionslinie im Naturschutz soll mithilfe von Gruhl auch auf die Postwachstumsbewegung angewandt werden. Mit der Betonung, dass sich aktuelle Ansätze schon zeitlich früher bei Gruhl fanden, soll der Diskurs also nicht nur von rechts vereinnahmt, sondern vielmehr als etwas ohnehin ureigen Rechtes gerahmt werden, was im Grunde nur zurückgeholt werden müsse.

Gefahren und Perspektiven

Der Blick auf die thematischen Anknüpfungspunkte und Schnittmengen extrem rechter Ideologie mit Postwachstumsansätzen zeigt deutliche Gefahren der Vereinnahmung auf, die aber mit ausreichender Sensibilisierung und Reflexionsprozessen verringert werden können. Die Auseinandersetzung mit rechter Vereinnahmung wird in der deutschen Postwachstumsbewegung schon seit einigen Jahren analysiert und the-

matisiert und es wurden verschiedene Handlungsoptionen der Abgrenzung diskutiert und vorgeschlagen, wie beispielsweise von Viola Nordsieck und Marius Hasenheit (2018), Dennis Eversberg (2018) oder Matthias Schmelzer und Andrea Vetter (2019). Kritische Analysen zu Schnittmengen und rechter Wachstumskritik an sich liegen unter anderem von Lisa Geffken (2020) oder Peter Bierl (2016) vor.

Erfolg versprechend scheinen neben Reflexionsprozessen über die Anknüpfungspunkte von menschenfeindlichen Akteur/innen die Betonung von den Punkten, an denen die Unterschiede deutlich werden. Da wäre zum einen der Fokus auf globale Perspektiven zu nennen, die sich durch dekoloniale, emanzipatorische und solidarische Entwürfe auszeichnen. Zum anderen sollte der Anspruch ökonomischer Analysen und Konzeptentwicklung ohne Personalisierungen und Schuldzuweisungen auskommen, wenn es eigentlich um systemimmanente Funktionsweisen des Kapitalismus geht. Durch die Schaffung eines Bewusstseins für offen oder verdeckt mitschwingenden Antisemitismus bei manchen personalisierten Kritiken können diskriminierende und antisemitische Äußerungen abgebaut werden. Zusätzlich lohnt sich ein kritischer Blick auf Klassenfragen bei der Umsetzung praktischer alternativer Projekte, um den Anspruch von Inklusivität auch hierbei greifbar zu machen. Ebenso greifbar sollten die möglichen Folgen der Einführung einer Postwachstumsökonomie im Hinblick auf globale wirtschaftliche Auswirkungen und Migrationsbewegungen offen und mit der Betonung auf die universellen Menschenrechte stets mitdiskutiert werden. Das widerspricht dem rechten Ideal eines Rückzugs auf die eigene abgeschottete Scholle am deutlichsten.

Anmerkungen

[1] Die Bezeichnung „Neue Rechte“ ist eine Eigenbeschreibung einer Strömung der extremen Rechten, die sich damit bewusst von einer „alten Rechten“ und dem Nationalsozialismus abgrenzen möchte. Ideologisch orientiert sich diese Strömung am völkischen Nationalismus der ebenfalls von ihr konstruierten „Konservativen Revolution“ der Zwischenkriegszeit. Die Beschreibung als „Neue Rechte“ wird in diesem Artikel aus Gründen der besseren Verständlichkeit genutzt, ohne jedoch die dahinterstehende Selbstverharmlosung zu ignorieren.

Literatur

Altvater, E. (2004): Eine andere Welt mit welchem Geld? In: Wissenschaftlicher Beirat von Attac-Deutschland (Hrsg.): Globalisierungskritik und Antisemitismus – Zur Antisemitismusdiskussion in Attac. Reader Nr. 3. Frankfurt, attac.

Benoist, A. de (2009): Abschied vom Wachstum. Für eine Kultur des Maßhaltens. Berlin, Edition JF.

Bierl, P. (2016): Die Postwachstumsideologie: Böses Wachstum. https://jungle.world/artikel/2016/06/boeses-wachstum

Dittus, J. (2021): Buchbesprechungen. In: Die Kehre. Zeitschrift für Naturschutz 7: 63–64.

Deutscher Naturschutzring (2020): Rechtspopulismus/Rechtsextremismus und Ökologie. Zum Hintergrund. Weltweite Umweltproteste und antidemokratische Positionen. www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2020-06_Rechtspopulismus_Rechtsextremismus_und_Oekologie.pdf

Eversberg, D. (2018): Gefährliches Werben. Über Anschlussfähigkeiten der Postwachstumsdebatte gegenüber dem autoritären Nationalismus – und was sich dagegen tun lässt. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 31/4: 52–61.

Geffken, L. (2020): Wachstumskritik von rechts. www.nf-farn.de/system/files/documents/ma_geffken_gesamt.pdf

Kemper, A. (2015): Höckes völkische Postwachstumsökonomie. https://andreaskemper.org/2015/10/22/hoeckes-voelkische-postwachstumsoekonomie

Langer, N. (2021): Ökologie und die Neue Rechte. Eine Analyse des Magazins „Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz“. www.nf-farn.de/system/files/documents/ba_langer_final.pdf

Menzel, F. (2015): Wachstumskritik (V): Überbevölkerung, Reichtum und Technologie. https://sezession.de/51724/wachstumskritik-v-ueberbevoelkerung-reichtum-und-technologie

Menzel, F. (2016a): Wachstumskritik (X): Die Aussteiger. https://sezession.de/54827/wachstumskritik-x-die-aussteiger

Menzel, F. (2016b): Wachstumskritik (XI): Schwundgeld. https://sezession.de/55826/wachstumskritik-xi-schwundgeld

NABU (2022): Rechte Aktivitäten im Naturschutz. Berlin, Naturschutzbund.

Nordsieck, V./Hasenheit, M. (2019): Inklusiv oder exklusiv? Die Postwachstumsbewegung zwischen Elite und Ideal. In: FARN (Hrsg.): Aspekte Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Natur- und Umweltschutz. Eine Diskussion. Berlin, Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz.

Recherche Dresden (2019): Sieben Thesen für eine konservativ-ökologische Wende. https://recherche-dresden.de/sieben-thesen-fuer-einekonservativ-oekologische-wende

Schick, J. (2021): Ein Planet wird geplündert – Postwachstum bei Herbert Gruhl. In: Die Kehre. Zeitschrift für Naturschutz 7: 30–38.

Schmelzer, M./Vetter, A. (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung. Hamburg, Junius.

Stein, P. (2017): Das organische Weltbild und die ökologische Revolution – Philip Stein. www.youtube.com/watch?v=-bUTKgmV9x8

Stein, P. (2021): Postwachstumsökonomie, „Decroissance“, „Degrowth“ oder: Die Revolution der Genügsamkeit. In: Die Kehre. Zeitschrift für Naturschutz 7: 6–13.

Wiessner, J. (2021): Auf verlorenem Posten – Autorenportrait Herbert Gruhl. In: Die Kehre. Zeitschrift für Naturschutz 7: 23–28.

AUTOR + KONTAKT

Yannick Passeick ist Bildungsreferent bei der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) und im Bereich der Rechtsextremismusprävention und politischen Bildungsarbeit tätig.

Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz, Warschauer Straße 58a/59a, 10243 Berlin. E-Mail: passeick@nf-farn.de

Narrationen und Erklärungen

Rechtspopulismus, das Klima und die Umwelt

Die Ablehnung von Klimaschutz ist eine weitverbreitete Position im Rechtspopulismus. Diese Ablehnung wird häufig durch ein Narrativ von einem anständigen Volk und einer korrupten Elite begründet. Welche Zusammenhänge stehen hinter dieser Argumentation und einem nationalistischen Denken?

Von Bernd Sommer und Miriam Schad

„Die Kritik an der sogenannten Klimaschutzpolitik ist nach dem Euro und der Zuwanderung das dritte große Thema für die AfD“ (Gauland nach Reusswig et al. 2020, 145). Dies gab Alexander Gauland, der ehemalige Vorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD), im Jahr 2019 bekannt. Trotz einiger Ausnahmen, ist die Ablehnung von Klimaschutz für den organisierten Rechtspopulismus durchaus typisch geworden. So verband auch der ehemalige US-Präsident Donald Trump Xenophobie mit einer Rücknahme des Umwelt- und Klimaschutzes.

Fossiler Faschismus?

Daggett (2018) verwendete für diese Verbindung den Begriff des „fossilen Faschismus“. Dieser ist in der Studie *White Skin, Black Fuel. On the Danger of Fossil Fascism* von Malm und dem Zetkin Collective (2021, siehe Beitrag von Söding und Callison in dieser Ausgabe) aufgegriffen worden; vor dem Hintergrund, dass in der Forschung zum Rechtspopulismus der Klimawandel bis vor Kurzem kaum Beachtung fand. Umgekehrt ist bemerkenswert, dass auch die Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung das Thema eines erstarkenden Rechtspopulismus lange Zeit ausblendete. Dies war Ausgangspunkt des Forschungsvorhabens *Politiken der Nicht-Nachhaltigkeit* (PONN), aus dem im Folgenden einige der zentralen Befunde vorgestellt werden (Sommer et al. 2022). [1]

Rechtspopulismus und Klimaschutz: Positionen und Erklärungsansätze

Für die Studie ist die Literatur zu klimarelevanten Positionen auf rechtspopulistischen Blogs sowie von Organisationen und Parteien ausgewertet worden. Für Deutschland waren dies entsprechend der Studienlage in erster Linie Verlautbarungen der AfD. Dabei wird die Infragestellung des wissenschaftlichen Konsenses zum anthropogenen Klimawandel beobachtet, welche sich mitunter mit Verschwörungserzählungen mischt. Beim Klimawandelskeptizismus unterscheiden sich die Formen der Leugnung. So leugnet die AfD mittlerweile zumeist nicht mehr den Erwärmungstrend selbst, sondern vor allem den menschlichen Anteil daran, sowie die Notwendigkeit, Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen. Weiter ist ein dominantes Narrativ im Rechtspopulismus, dass Klimaschutz und die Energiewende eine Gefahr für Wirtschaft und Arbeitsplätze darstelle. In diesem Zusammenhang werden auch Förderungen für erneuerbare Energien sowie die Verteilungswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen kritisiert. Inhaltlich ist von dieser Erzählung abzugrenzen, dass Klimaschutz ein Projekt der Eliten sei, dem es an demokratischer Legitimation fehle. Dies steht auch in Zusammenhang mit einer Ablehnung der EU, die Klimaschutz und den Umbau des Energiesektors vorantreibt. Die Argumentationen vermischt sich aber auch mit einem generellen Skeptizismus gegenüber der EU, die als Bedrohung für die nationalstaatliche Souveränität gesehen wird, sowie der grundsätzlichen Ablehnung von staatlichen Eingriffen in den Markt oder die individuelle Freiheit.

Nach Mudde und Kaltwasser (2019) ist das populistische Narrativ dadurch gekennzeichnet, dass die Gesellschaft in zwei antagonistische Lager gespalten sei: Das „anständige Volk“ und die „korrupte Elite“, die gegen „den Volkswillen“ agiere. Wird diese „dünne Ideologie“ mit Nationalismus und Autoritarismus verbunden, wird in der Literatur von Rechtspopulismus gesprochen. Bei den berichteten Positionen zum Klimaschutz lässt sich sowohl die nationalistische als auch eine populistische Kernerzählung identifizieren (siehe Abbildung 1).

In Bezug auf die Frage, wie die spezifischen rechtspopulistischen Haltungen gegenüber Fragen des Klima- und Umweltschutzes zu erklären sind, haben wir fünf verschiedene Erklärungsansätze identifizieren können: Ein zentraler Erklärungsstrang sieht wirtschaftliche Gründe als zentral und argumentiert zum Beispiel, dass rechtspopulistische Kräfte ein Angebot für Transformationsverlierer/innen schaffen. Dies ist beispielsweise in der Lausitz zu beobachten, wo sich die AfD für die Fortsetzung des Abbaus von Braunkohle einsetzt. Ähnlich argumentiert auch Hochschild (2018), die eine „Deep Story“ beschreibt, bei der es stärker um eine wahrgenommene Benachteiligung sowie die Vorstellung geht, dass Umwelt-

*Ökologisches*Wirtschaften *Online-Ausgabe* O1.2023 (38) | DOI 10.14512/OEWO380119

© 2023 B. Sommer, M. Schad; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de), which permits copying and redistributing the material in any medium or format, provided the original work is properly cited, it is not used for commercial purposes and it is not remixed, transformed or built upon. The access to the digital version of this article is reserved to subscribers of *Ökologisches*Wirtschaften until two years after the date of publication; after two years it is available to all readers.

„Ein dominantes Narrativ des Rechtspopulismus ist, dass Klimaschutz ein Projekt der Eliten sei, dem es an demokratischer Legitimation fehle."

schutzauflagen verhindern, den als legitim erachteten Platz in der Gesellschaft einzunehmen. Laut eines zweiten prominenten Erklärungsstrangs entspringt die aversive Haltung vieler Rechtspopulist/innen zu Klimaanliegen einer grundlegenden Ablehnung kosmopolitischer Werte (Lockwood 2018). Eine Reihe von Autor/innen machen, drittens, darauf aufmerksam, dass auf der Einstellungsebene bereits lange und kontinuierlich Haltungen zu beobachten seien, die sich als rechtspopulistisch charakterisieren lassen. Parteien wie der AfD gelinge es „lediglich", dieses Potenzial zu heben. Zum Teil wird in der Literatur zum Wandel im politischen Feld, viertens, argumentiert, dass die Ablehnung von Klimaschutzpolitik aus strategischen Gründen erfolge, um Klientel wie Autofahrer/innen anzusprechen. Schließlich finden sich synthetisierende Ansätze, die etwa ökonomische und kulturelle Faktoren sowie ihre gegenseitige Bedingtheit berücksichtigen. Ein Beispiel ist Eversberg (2018), der den erstarkenden Rechtspopulismus als eine rabiate Form der Verteidigung materieller und kultureller Privilegien interpretiert, die sich in der vorherrschenden imperialen Lebensweise manifestierten.

Ausblick: Ein dynamisches Feld

Die Forschungslandschaft hat sich in den vergangenen zwei Jahren dynamisch entwickelt. So findet sich eine Reihe an neuen Publikationen, die sich sowohl mit rechtspopulistischen Akteur/innen in unterschiedlichen Ländern als auch unterschiedlichen Populismus-Ausprägungen beschäftigen. Es werden linkspopulistische Narrative für den Klimaschutz untersucht (Kemmerzell et al. 2021) oder zu distinkten Positionen gegenüber ökologischer Nachhaltigkeit im rechten politischen Denken geforscht (Selk/Kemmerzell 2022). Eine Inhaltsanalyse der Mitgliederzeitschrift *AfD Kompakt* von 2016 bis 2020 zeigt beispielsweise, dass Kritik an Klimaschutzpolitik vor allem mit ökonomischen und neoliberalen Positionen begründet wird und diese im Sinne eines nationalistischen Narratives als Bedrohung für die nationale Ökonomie gesehen wird. Bemerkenswert ist hierbei, dass Populismus-Merkmale wie Elitenkritik bei der AfD im Vergleich zu anderen rechtspopulistischen Parteien weniger häufig zu beobachten sind (Küppers 2022). Die Auseinandersetzungen um Lützerath oder die Proteste der

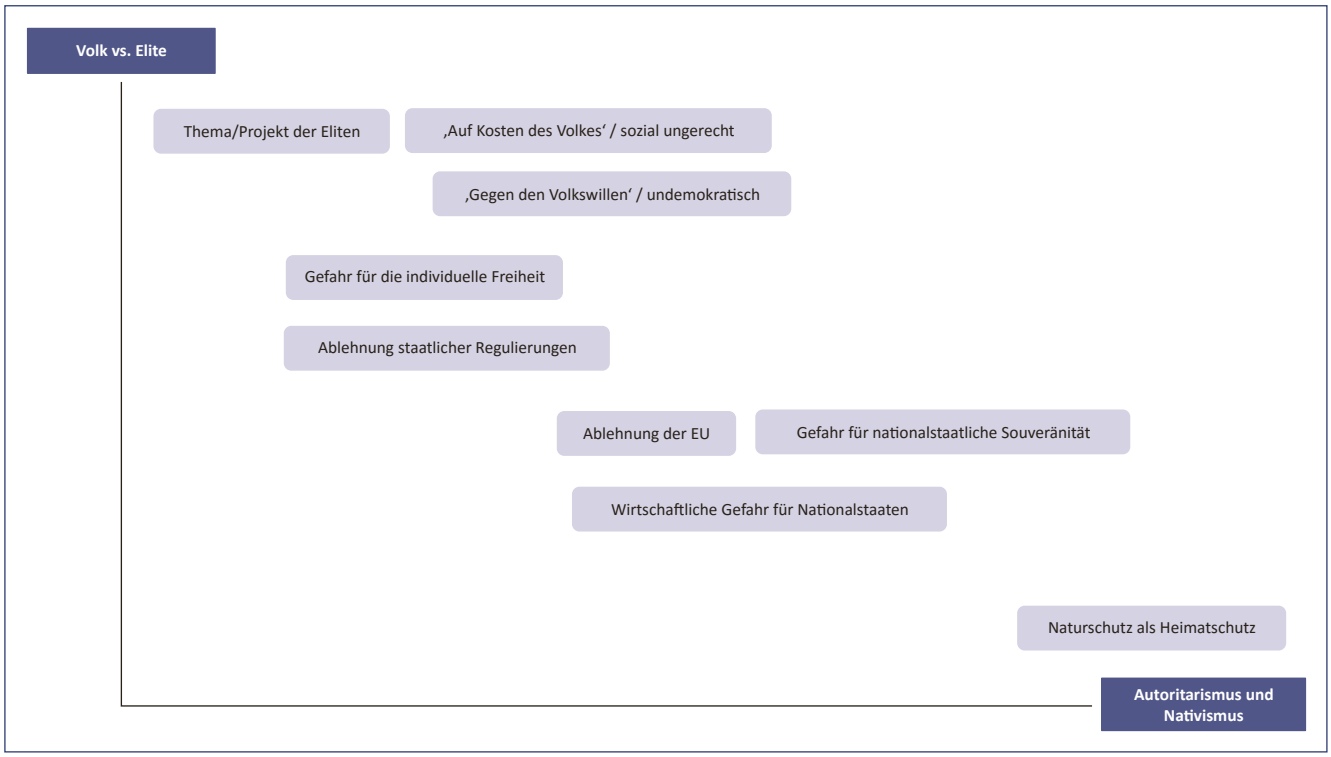

Abbildung 1: Begründungsmuster der Ablehnung von Klimaschutz im Rechtspopulismus

Letzten Generation deuten auf eine Zuspitzung der gesellschaftlichen Konflikte im Zusammenhang mit dem Klimaschutz hin. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass auch seine Politisierung durch Rechtspopulist/innen anhält.

Anmerkung

[1] Das Projekt *Politiken der Nicht-Nachhaltigkeit (PONN): National-autoritärer Populismus und neue soziale Disparitäten als gesellschaftliche Rahmenbedingungen einer sozial-ökologischen Transformation* war im Zeitraum von 1. 6. 2020 bis zum 31. 7. 2021 an der Europa-Universität Flensburg sowie der TU Dortmund angesiedelt und ist vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert worden (Förderkennzeichen: 01UV2071 A+B). Ausführliche Informationen zum Projekt sind hier abrufbar: www.uni-flensburg.de/nec/forschung/ponn

Literatur

Daggett, C. (2018): Petro-masculinity – Fossil Fuels and Authoritarian Desire. In: Millennium: Journal of International Studies 47/1: 25–44. DOI: 10.1177/0305829818775817

Eversberg, D. (2018): Innerimperiale Kämpfe – Drei Thesen zum Verhältnis zwischen autoritärem Nationalismus und imperialer Lebensweise. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 48/190: 43–54. DOI: 10.32387/prokla.v48i190.31

Hochschild, A. R. (2018): Strangers in their own land – Anger and mourning on the American right. New York, The New Press.

Kemmerzell, J./Selk, V./Sonnicksen, J. (2021): Populismus fürs Klima? Chancen und Grenzen linkspopulistischer Klimapolitik. In: Kim, S./Selk, V. (Hrsg.): Wie weiter mit der Populismusforschung? Baden-Baden, Nomos. 137–158. DOI: 10.5771/9783748922773-135

Küppers, A. (2022): 'Climate-Soviets,' 'Alarmism,' and 'Eco-Dictatorship' – The Framing of Climate Change Scepticism by the Populist Radical Right Alternative for Germany. In: German Politics: 1–21. DOI: 10.1080/09644008.2022.2056596

Lockwood, L. (2018): Right-wing populism and the climate change agenda – exploring the linkages. In: Environmental Politics 27/4: 712–732. DOI: 10.1080/09644016.2018.1458411

Malm, A./Zetkin Collective (2021): White Skin, Black Fuel – On the Danger of Fossil Fascism. London, Verso.

Mudde, C./Kaltwasser, C. R. (2019): Populismus – Eine sehr kurze Einführung. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung.

Reusswig, F./Lass, W./Bock, S. (2020): Abschied vom NIMBY – Transformationen des Energiewende-Protests und populistischer Diskurs. In: Forschungsjournal soziale Bewegungen 33/1: 140–160. DOI: 10.1515/fjsb-2020-0012

Selk, V./Kemmerzell, J. (2022): Positionen zu Nachhaltigkeit im rechten politischen Denken – Fundamentalpolitisierung, Neutralisierung und retrograde Adaption. In: Zeitschrift für Politik 69/3: 303–318. DOI: 10.5771/0044-3360-2022-3-303

Sommer, B. et al. (2022): Rechtspopulismus vs. Klimaschutz? Positionen, Einstellungen, Erklärungsansätze. München, oekom.

AUTOR/INNEN + KONTAKT

Dr. Bernd Sommer ist Professor für Umweltsoziologie mit dem Schwerpunkt Transformationsforschung an der Fakultät Sozialwissenschaften der TU Dortmund.

Technische Universität Dortmund, Fakultät Sozialwissenschaften. Tel.: +49 231 755-2040, E-Mail: bernd.sommer@tu-dortmund.de

Dr. Miriam Schad ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Soziologie der TU Dortmund.

Technische Universität Dortmund, Fakultät Sozialwissenschaften. Tel.: +49 231 755-5184, E-Mail: miriam.schad@tu-dortmund.de

Wenn Rechte den Umweltschutz kapern

Von Grenzkontrollen im Namen der Umwelt bis zu ökofaschistischen Attentaten: Dieses Buch enthüllt die Aneignung ökologischer Themen durch Rechte und skizziert Zukünfte, die es zu verhindern gilt. Eine wichtige Lektüre gegen Rechtsextremismus und für Klimagerechtigkeit.

Sam Moore, Alex Roberts

Außen grün, innen braun

Wie Rechtsextreme Klimakrise und Naturschutz für ihre Zwecke benutzen

208 Seiten, Broschur, 22 Euro
ISBN 978-3-96238-384-8
Erscheinungstermin: 06.09.2022
Auch als E-Book erhältlich

oekom.de

DIE GUTEN SEITEN DER ZUKUNFT

oekom

oekom

RAUMFORSCHUNG
UND RAUMORDNUNG
SPATIAL RESEARCH AND PLANNING

Die gedruckte Version erhalten Sie auch im Abo.

Jetzt Probeabo testen und 30% sparen
mit dem **Code RUR30**

www.oekom.de/rur

Gold Open Access
rur.oekom.de

IMPRESSUM

*Ökologisches*Wirtschaften *Online-Ausgabe* O1.2023, 38. Jahrgang | www.ökologisches-wirtschaften.de

HERAUSGEBER
Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) gGmbH,
Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW) e.V.
Potsdamer Straße 105 | D-10785 Berlin
Tel.: +49-30-884594-0 | Fax: +49-30-88254 39
E-Mail: kommunikation@ioew.de

REDAKTION
Redaktionsleitung: *Christopher Garthe* (verantwortlich)
Redaktionsassistenz: *Clara Heinrich*
Tel.: +49-30-884594-0 | E-Mail: redaktion@ioew.de

Schwerpunkt: *Benjamin Best und Gerrit von Jorck* (Kontakt über die Red.)

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und andere Materialien sind wir dankbar, übernehmen jedoch keine Haftung.

© 2023 licensee IÖW. This is a journal distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de), which permits copying and redistributing the material in any medium or format, provided the original work is properly cited, it is not used for commercial purposes and it is not remixed, transformed or build upon.

PRODUKTION
Grafische Gestaltung: *Heike Tiller* | München
Satz: *Tobias Wantzen* | Bremen
Schlusskorrektur: *Silvia Stammen* | München

TITELBILD © Kranich17 | pixabay

Ökologie und Nachhaltigkeit sind bei oekom nicht nur Worte, sondern bilden das Fundament der Unternehmensphilosophie. oekom verwendet Recyclingpapiere und mineralölfreie Druckfarben, verzichtet auf Plastikfolie, kompensiert klimaschädigende Emissionen und druckt in Deutschland. Weitere Informationen unter www.natürlich-oekom.de und #natürlichoekom

natürlich oekom · nachhaltig seit 1989 ·